

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Weinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinhilber, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Preispalte oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Sinein in den Verband!

Warum willst du draussen stehen...?

Wie alle anderen Gewerkschaften, so hat auch der Holzarbeiterverband in den letzten Jahren gute Fortschritte gemacht. Seine Mitgliederzahl, die sich Ende des Jahres 1902 noch auf 70 851 belief, hat sich in den letzten vier Jahren mehr als verdoppelt, denn sie war Ende 1906 auf 151 717 gestiegen. Das ist gewiss ein erfreuliches Ergebnis, aber es kann uns noch keineswegs genügen.

Denn Hunderttausende von Kollegen stehen ihrer Organisation, dem Deutschen Holzarbeiterverband noch fern. Sie bleiben achtlos beiseite stehen, wenn ihre organisierten Arbeitsbrüder um Besserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse oder um Erhaltung und Festigung ihrer gesellschaftlichen Stellung kämpfen, viele von ihnen unterstützen in diesen Kämpfen auch das Unternehmertum und erschweren so das erfolgreiche Vordringen der Arbeiterklasse. Und so sehr sie uns stets auch den Kampf erschwert haben, nehmen sie doch stets die Errungenschaften für sich mit in Anspruch, die die organisierten Kollegen ohne ihre Unterstützung und oft genug gegen ihren Willen erzielt haben. Sie ernten konsequent immer da, wo sie nicht gesät haben, sät aber durch ihr indifferentes Beiseitestehen selbst die Durchführung des wider ihren Willen Errungenen. Deshalb können wir nicht ruhen und rasten, bis daß alle diese Kollegen dem Deutschen Holzarbeiterverband zugeführt sind. Erst dann werden wir in der Holzindustrie für die Arbeiterschaft mustergültige Existenz- und Arbeitsverhältnisse erringen und durchführen können.

Mehr als je ist jetzt die Mahnung an die noch interesselos beiseite stehenden Kollegen am Platze, sich dem Verband anzuschließen; eindringlicher als je ergeht die Aufforderung an die bereits organisierten Kollegen, ihr ganzes Interesse dem Verband zu widmen, sich rege an den Verbandsarbeiten zu beteiligen und besonders eifrig die Agitation auf den Werkstätten unter den unorganisierten Kollegen zu fördern. Denn gerade jetzt machen die organisierten Unternehmer der Holzindustrie die größten Anstrengungen, um den Deutschen Holzarbeiterverband, der ihnen durch sein entschiedenes Eintreten für die Interessen der Holzarbeiterschaft so verhasst ist, für die Zukunft kampfunfähig zu machen.

Die Unternehmer wissen gut genug, daß erst nach Beseitigung oder erheblicher Schwächung des Holzarbeiterverbandes für sie die Bahn frei ist für Lohnrückung und Knechtung der Holzarbeiterschaft. Deshalb der jetzige Macht, Kampf gegen den Deutschen Holzarbeiterverband, dessen Endzweck nur eine bedeutende Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse in der Holzindustrie ist.

Die deutschen Unternehmer mittleren Morgenluft. Bei den letzten Wahlen zum deutschen Reichstag ist es ihnen durch die niedrigste Höhe, durch Verleumdung und Terrorismus gelungen, die politische Arbeiterbewegung etwas zurückzudrängen, in ihrem Siegestaumel wollen sie nun auch den Gewerkschaften einen vernichtenden Schlag versetzen. Zunächst soll die Unternehmerorganisation in der Holzindustrie, der Arbeitgeberverband mit Unterstützung aller Scharfmacherverbände, einen „Kampf bis aufs Messer“ gegen den Deutschen Holzarbeiterverband führen. Nachdem dieser Kampf erfolgreich durchgeführt ist, sollen weitere ähnliche Kämpfe dann im Baugewerbe und in der Metallindustrie folgen.

In diesem schweren Existenzkampf der organisierten Holzarbeiterschaft rechnen die Unternehmer wieder mit der Unterstützung der unorganisierten Arbeiter. Und zwar sollen diesmal die unorganisierten Kollegen nicht nur wie sonst zu Streikbrecherzwecken herangezogen werden, man will aus ihnen künftig feste Organisationen des Arbeiterverrats, sogenannte gelbe Gewerkschaften bilden, mit diesen arbeitserfindliche Verträge abschließen und sie in jedem Arbeitskonflikt als Kampforganisation gegen die eigene Kollegen-schaft verwenden.

Die unorganisierten Kollegen sehen, welche schmachtvolle Rolle ihnen die Scharfmacher im Kampfe gegen die deutsche Arbeiterschaft zugebracht haben. Wir wissen, daß die große Mehrzahl der außerhalb unserer Organisation stehenden Kollegenschaft die Rolle des organisierten Arbeiterverrats, die ihnen die Unternehmer jetzt zumuten, entrückt von sich

weisen werden. Damit dürfen sie sich aber nicht begnügen. Sie sehen selbst, wie niedrig ihr Indifferentismus von den Unternehmern eingeschätzt wird, daß man sie, weil sie bisher der Organisation ihres Berufes, dem Deutschen Holzarbeiterverband, gleichgültig oder feindlich gegenüberstanden, für Verräter an der Arbeitersache, ihrer eigenen Sache hält. Sie sollten sich darüber nicht nur entrichten, sie sollten den Unternehmern gerade jetzt zeigen, daß sie sich als Arbeiter fühlen, die mit ihren Arbeitsbrüdern gemeinsam die Interessen der Arbeiterklasse fördern wollen; sie sollten sich einhellig dem Deutschen Holzarbeiterverband anschließen. Ein gleichgültiges Beiseitestehen ist jetzt nicht mehr am Platze. Wer nicht mit uns ist, der ist wider uns, und wer sich dem Deutschen Holzarbeiterverband jetzt nicht anschließt, der muß es sich gefallen lassen, daß er sowohl von den Unternehmern als von seinen Arbeitskollegen als Verräter seines Standes und an der Sache seines Standes eingeschätzt und behandelt wird.

Die Kollegen, die jetzt noch zaudern, sich dem Deutschen Holzarbeiterverband anzuschließen, würden auch früh genug erkennen müssen, wie sehr sie sich durch ihren Indifferentismus wirtschaftlich geschädigt haben. Denn haben sie bisher, in der wirtschaftlich günstigen Zeit, infolge der wirtschaftlichen Erfolge des Holzarbeiterverbandes immer noch die Möglichkeit gehabt, ohne einer Organisation anzugehören, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, so werden sie in der andröhnenden Geschäftskrisis mehr als ihre organisierte Kollegenschaft unter erheblichen Lohnverschlechterungen zu leiden haben.

Ein Verbandskollege kann, weil er die Streik-, Gemäßregeltens-, Reises-, Arbeitslosen-, Kranken- und Umzugunterstützung des Deutschen Holzarbeiterverbandes in weitestem Maße in Anspruch nehmen kann, weil er der moralischen und finanziellen Unterstützung von 155 000 hinter ihm stehenden organisierten Kollegen sicher ist, etwaigen Verschlechterungen seiner Lohn- und Arbeitsbedingungen entschiedener und mit größerer Aussicht auf Erfolg entgegenwirken als ein unorganisierter Kollege, der auf sich selbst gestellt und deshalb der Raune des Unternehmers auf Gnade und Ungnade ausgeliefert ist. Und wie viel besser werden Verschlechterungen abzuwehren sein, wenn alle Kollegen organisiert, wenn alle Kollegen einig sind.

Der Holzarbeiterverband hat in den letzten Jahren Hunderttausende von Kollegen die längere Arbeitszeit, einen höheren Lohn erringen helfen, er hat dadurch die deutsche Kollegenschaft jetzt in den Zeiten der Lebensmittelerhöhung vor Not und Elend bewahrt. Sein entschiedenes Eintreten für die Interessen der Holzarbeiterschaft hat ihm den Haß des gesamten Scharfmachertums zugezogen.

Die vielen Tausende von unorganisierten Kollegen würden ihr und der gesamten Kollegenschaft Interesse empfindlich schädigen, wenn sie den jetzigen schweren Kämpfen in der Holzindustrie teilnahmslos gegenüberstehen wollten. Hier gilt es Partei zu ergreifen:

Partei, Partei, wer wollte sie nicht haben,
sie, die doch Mutter aller Siege war!

Auch die unorganisierten Kollegen müssen sich entscheiden, ob sie die von den Unternehmern ihnen zugebrachte Rolle des Arbeiterräters spielen, oder Schulter an Schulter mit ihren Arbeitsbrüdern im Deutschen Holzarbeiterverband kämpfen wollen.

Ein Hüben, ein Drüben nur gilt!

Die Wahl wird den Kollegen nicht schwer fallen, sie können nur den einen Weg wählen, den Eintritt in unseren Verband. So können sie am besten ihr und ihrer Arbeitskollegen Interesse wahren, und sie können zu einem Teil wenigstens künftig wieder gut machen, was sie bisher durch ihren Indifferentismus verdammt haben.

Mögen alle bisher unorganisierten Kollegen bald den Weg finden zum Deutschen Holzarbeiterverband, dem treuen Schutz und Schirm der deutschen Holzarbeiterschaft gegen alle Scharfmachernücken und -stücken.

Aller Verbandskollegen Aufgabe muß es aber in den nächsten Tagen sein, unter ihren unorganisierten Nebenkollegen eifrig für den Verband zu agitieren, sie der Organisation zuzuführen. Dann werden alle Zukunftspläne der Scharfmacher zunichte werden.

Die Aussperrung in der Holzindustrie

nimmt jetzt größeren Umfang an. Zwar geht die Zahl der ausgesperrten Arbeiter in Berlin ständig zurück, dafür hat die Aussperrung am 1. April aber auf mehrere andere Orte übergreifen, wo die Verträge an diesem Zeitpunkt abliefen. Mit der großen Aktion, die der Schutzverband gegen den Deutschen Holzarbeiterverband vor hatte durch einmütige demonstrative Aussperrung der Verbandskollegen am 1. April, ist es aber nichts. Denn in Oldenburg läuft der Vertrag überhaupt erst am 21. April ab. Die Unternehmer mühten also vertragsbrüchig werden, wollten sie am 1. April aussperrten, und das werden sich die Herren doch erst noch einmal überlegen. In Barmen, wo die Unternehmer bereits Ende März aussperrten sollten, sind ganze 50 Kollegen ausgesperrt worden; das sieht gewiss nicht nach demonstrativer Aussperrung aus. Auch in Dresden scheint dem Schutzverband die Sache gar nicht zu klappen. Und gar in Halle haben die Unternehmer um acht Tage zu spät gekündigt, um rechtzeitig am 1. April aussperrten zu können, so daß die Aussperrung bestenfalls am 8. April durchgeführt werden kann. So dürfte es nur in Leipzig, Götting, Guben und in beschränktem Umfang in Dresden am 1. April schon zur Aussperrung kommen.

Diese geringe Einheitlichkeit in dieser vom Arbeitgeberschutzverband seit Wochen schon mit so großem Tamtam angekündigten großen Aktion gegen den Deutschen Holzarbeiterverband läßt auf wenig Kampfesfreude im Unternehmerlager schließen. Kein Zweifel, die Unternehmer berauschen sich gern an großen Worten, und so haben sie in ihren Sitzungen in einer augenblicklichen, von den Führern des Schutzverbandes künstlich hervorgerufenen Leidenschaft mit Begeisterung den Müllschwur gegen den Deutschen Holzarbeiterverband abgelegt. Als sie aber an die Ausführung ihrer Beschlüsse schritten, da stellten sich dem große Hindernisse entgegen. Im nüchternen Leben, wenn die kühle Vernunft und das geschäftliche Interesse mitsprechen, beurteilt man eben eine Sache ganz anders als im Begeisterungsschwung, wenn alles in großen Worten macht und wenn nur der Scharfmacher, nicht der Geschäftsmann entscheidet. Hinterher kommt dann gewöhnlich die Ernüchterung.

Das ist schon in einem früheren Stadium des Kampfes zutage getreten. Denn wie Herr Siebel-Düsseldorf jetzt ausplaudert, hat in der ersten Delegiertenversammlung des Schutzverbandes sich Kiel, Burg und Düsseldorf bereit erklärt, mit den Berlinern durch dick und dünn zu gehen. Die Düsseldorfer Unternehmer haben sich aber beizeiten in Sicherheit gebracht, indem sie, lange schon, nachdem die Berliner, Kieler und Burger Unternehmer ausgesperrt hatten, mit dem Deutschen Holzarbeiterverband einen Vertrag abschlossen. Jetzt, nachdem sie aus der Schußlinie sind, machen sie natürlich tüchtig scharf gegen unseren Verband, erklären, der Verband müsse diesmal zerstückelt werden, und bedauern, daß sie infolge des (während der Aussperrung abgeschlossenen) Vertrags außerstande sind, sich an der von ihnen früher befürworteten Aussperrung zu beteiligen. So dürfte es bei den Unternehmern oft genug hergehen. Die „Fachszeitung“ hat schon recht, wenn sie aus den Unternehmerversammlungen berichtet, dort herrsche helle Begeisterung für die Schutzverbandsache, Kampfstimmung; aber nicht weniger recht haben wir, die wir uns über die Verhältnisse in den Betrieben selbst informieren, wenn wir immer wieder feststellen, daß im Unternehmerlager für diesen Kampf tatsächlich nur wenig Begeisterung herrscht.

Es wäre verfehlt, aus dem eingangs geschilderten, wenig geschlossenen Auftreten der Unternehmer auf ein Fiasco der geplanten Aussperrungsaktion des Schutzverbandes überhaupt schließen zu wollen. Die Aussperrung wird auch in Dresden, Halle, Oldenburg, wenn auch nur zögernd, durchgeführt werden. Es wird der Überredungskunst und dem Terrorismus der Macher des Arbeitgeberverbandes schließlich doch noch gelingen, die Unternehmer zusammenzubalten und sie zu einem entscheidenden Schlage gegen den Deutschen Holzarbeiterverband zu führen. Wir können uns also in den nächsten Wochen auf eine erhebliche Ausdehnung der Aussperrung gefaßt machen. Unsere Ausführungen sollen darüber keinen Zweifel lassen, sie sollen aber zeigen, daß auch die Unternehmer nur mit Wasser kochen, und daß sich hinter ihren großen Worten recht viele Verlegenheiten verbergen.

Sinstweilen rüsten die Unternehmer immer noch für den Kampf. Allorten wird für die Unternehmer in den Aussperrungsorten gesammelt. So wurden gesammelt in Stuttgart 5000 M., Götting 3000 M., Düsseldorf 3000 M., Cassel 500 M., Luckenwalde 500 M., Juffenhäusen 500 M. Diese

Summen dürften aber nicht alle schon aufgebracht sein, denn von Düsseldorf wird beispielsweise vom 26. März berichtet, daß dort in einer an diesem Tage stattgefundenen Schutzverbandsversammlung für die 3000 M. erst noch gefammelt wurde, über die die „Fachszeitung“ acht Tage früher schon quittierte. Die Unternehmer mögen noch so tief in den Beutel greifen, gegen die große Opferwilligkeit unserer Mitglieder dürften sie kaum aufkommen.

Am 26. März nahm in Düsseldorf eine von nur 80 Personen besuchte Versammlung des Arbeiterschutzes Stellung zur Aussperrung in der Holzindustrie. Herr Siebel erklärte unter anderem: Zuerst sei geplant gewesen, in ganz Deutschland auszusperrn. Bei der ersten Zusammenkunft der Delegierten des Verbandes hätten sich aber nur Burg, Kiel und Düsseldorf bereit erklärt, mit den Bestreuten durch die und durch die anderen Orte wären mit Ausreden gekommen, hierauf seien die Berliner allein vorgegangen. Es käme hier nur der Deutsche Holzarbeiterverband in Betracht, die christlich organisierten hätten dort, wie ihm der zweite Vorsitzende des christlichen Verbandes in Köln mitgeteilt, nur 30 Mitglieder, auch die Girsch-Dunderschen hätten nicht mitgestreift, was Redner auf die Niederlage der Sozialdemokratie zurückführt. Es sei überhaupt kein Kampf der Arbeiter, sondern nur eine Machtprobe der Führer, die sich hierdurch die Sympathie wiedergewinnen wollten, welche sie durch ihr Liebgelien mit der Sozialdemokratie verloren hätten. Lange hatte es der Holzarbeiterverband nicht mehr aus, er hätte schon an verschiedenen Orten Pumps aufnehmen müssen. Siebels langer Rede kurzer Sinn war: Wie unterstützen wir die Berliner Arbeitgeber bei der Aussperrung? Dies zeigten vor allem seine folgenden Worte, die darin gipfelten, zum mindesten 3000 M. nach Berlin zu schicken, die durch freiwillige Sammlungen aufgebracht werden sollen. Der Kampf müsse für die Arbeitgeber gewonnen werden, damit sei das Schicksal des Holzarbeiterverbandes besiegelt. Herr Neumann will die Orte, in denen ausgesperrt ist, dadurch unterstützen, daß alle Arbeiter „abgewimmelt“ werden, die zu entbehren sind, da die Arbeitslosenunterstützung dem Holzarbeiterverband eine Masse Geld koste, es sollen deshalb auch die Arbeiten, die sich hinauschieben lassen, hinausgeschoben werden. Auch sei er für schleunige Absendung von Unterstützung und soll zu dem Zwecke eine Kommission bei sämtlichen Arbeitgebern vorschreiben, soweit sie nicht in der Versammlung sind. Herr Neumann ist, wie es Herr Siebel schon vorhergesagt hatte, davon überzeugt, daß der Holzarbeiterverband sich diesmal ganz bestimmt auflösen muß. Die Arbeiter bezahlten wohl 2 bis 3 oder höchstens 4 Wochen einen Extrabeitrag, dann würden sie es aber leid werden. Für die Arbeitgeber käme auch noch in Betracht, daß sie durch die Aussperrung in Berlin hier in Düsseldorf einen für sie ziemlich günstigen Tarif durchgesetzt hätten. — Auch die übrigen Redner: Köster, Zimmermann, Fuchs und Koch sprachen sich für die Unterstützung der Berliner aus. Leider sei man nicht in der Lage, auch in Düsseldorf auszusperrn, da man hier an den Tarif gebunden sei. Koch meinte, wenn sich auch der Holzarbeiterverband diesmal noch nicht auflöse, so müsse er sich aber einen Frühjahrsschnupfen holen, wodan er für lange Zeit genug habe.

Interessant ist noch das Eingeständnis des Herrn Siebel, daß die Unternehmer in Kiel und Burg bei Vornahme der Aussperrung sich im Unrecht befinden.

Dieses Eingeständnis und die sonstigen Enthaltungen aus dieser Versammlung über die Stimmung und die guten Absichten der Unternehmer sollen uns im Kampfe gute Dienste leisten.

Die „Fachszeitung“ müht sich in ihrer letzten Nummer wieder einmal damit ab, der Holzarbeiterschaft nachzuweisen, daß die Unternehmer im Angesichte der Krise ohne eine Schädigung ihrer Existenz Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse nicht zustehen können. Wozu wiederholt zu sagen ist, daß nicht die Arbeiter, sondern die Unternehmer diesen Kampf begonnen haben. Die Arbeiter haben wiederholt erklärt, daß sie gerne bereit sind, unter den gegenwärtigen Verhältnissen weiter zu arbeiten, allerdings ohne Vertrag. Daß wir natürlich nicht langfristige Verträge abschließen ohne Erhöhung der Löhne und sonstige Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse, das kann man uns in der gegenwärtigen Zeit der Lebensmittelerhöhung doch gewiß nicht verdenken. Im übrigen ist es nicht die Schuld der Arbeiter, daß die Holzindustrie nach dem Zeugnis der Scharfmacher sich jetzt in einer prekären Lage befindet, sondern es ist die Schuld der Unternehmer selbst, die durch ihre gegen die Arbeiterschaft gerichtete Schutzoll- und Wotwucherpolitik die eigene Industrie in die jetzige Lage brachten und die Arbeiterschaft zur Forderung der Erhöhung der Löhne zwangen.

Wenn die wirtschaftliche Situation der Holzindustrie so schlecht steht, wie sie von der „Fachszeitung“ geschildert wird, so werden die Berliner Unternehmer wohl auch beiseite diesen Kampf beenden müssen, wollen sie den Markt, der ohnedies durch die angeblich drohende Krise geschwächt ist, nicht ganz an die Provinz verlieren. Für die Holzarbeiterschaft ist im gegenwärtigen Stadium des Konflikts weniger als je die Notwendigkeit zu einer Beendigung des Kampfes gegeben, im Gegenteil, wir sind gerade jetzt kampfesfrischer als je, und wir werden kämpfen bis zum Erfolg unserer guten Sache.

Vom neuen Sozialkurs.

n. Im Reichstag hat das Zentrum die Regierung über einige sozialpolitische Fragen interpelliert. Aber abgesehen von zwei mittelständischen Fragen sollte die Regierung sich äußern über ihre Stellung zu den Arbeitskammern, zur Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und zum zehnstündigen Arbeitstag für Fabrikarbeiterinnen. Im Wahlkampf haben die bürgerlichen Parteien sich mit besonderem Eifer um die Arbeiter bemüht; der Kampf gegen die Sozialdemokratie war geführt worden mit der Begründung, daß diese Partei sozialpolitisch unfruchtbar sei, daß von ihr die Arbeiter nichts zu erwarten hätten. Eine christlich-nationale Arbeiterbewegung war entstanden als Hilfstruppe der bürgerlichen Parteien; sieben ihrer Vertreter waren in den Reichstag gelangt, während andererseits die Sozialdemokratie wesentlich an Mandaten geschwächt den neuen Reichstag bezog. Da galt es für die bürgerlichen Parteien, ihre Arbeiterfreundlichkeit von maßgebender Stelle aus zu bekunden, galt es namentlich für das Zentrum, den Nachweis zu bringen, daß es allen anderen Parteien in der Sozialpolitik voran sei. Und so hielt denn Herr Trimborn, der Mann des sozialen Mates, seine Rede, durch die er die Regierung auf Herz und Nieren prüfte. Und der Erfolg?

„Die erste positive Arbeit im neuen Reichstag hat die Zentrumsfraktion geleistet, und ihr ist auch die erste Frucht zugefallen. Die Debatten bedeuten einen vollen Erfolg für das Zentrum, der nicht scharf genug hervorgehoben werden kann. ... Kurz, ein Sieg des Zentrums auf der ganzen Linie“ — schreibt der ultramontane „Bayerische Kurier“.

„Eine nationale Tat im besten Sinne des Wortes darf man die sozialpolitische Aktion des Zentrums, das heißt die Interpellation über Mittelstandspolitik und Sozialpolitik nennen. ... Es geht endlich vorwärts auf sozialpolitischem Gebiet. Wenn das die neue Blockpartei mitgebracht hat, wenn der Block gegen das Zentrum Zentrumsozialpolitik treibt, und die Regierung aus Dankbarkeit gegen die Hottentottenmehrheit dem Block die Gesetze bewilligt, so erinnert man sich der Dichtervorte: Das ist die Kraft, die das Böse will, das Gute schafft. Die Arbeiter aber sollten sich freuen, sie sind die lachenden Dritten. Glück auf zum neuen sozialen Kurs!“ — heißt es in der ultramontanen „Eisener Volkszeitung“.

Dagegen schreibt das Aachener Zentrumblatt, der „Volksfreund“, über die Erklärungen der Regierung: „Das war der Inhalt des „sozialen Programms“ des neuesten Kurzes. Verteufelt wenig greifbare Ware, aber eingewickelt in schönes Seidenpapier! Graf Posadowsky fühlte das anscheinend selbst. Denn zum Troste fügte er bei: Wenn man etwas erreichen wolle, dann müsse man einzelne große Aufgaben herausgreifen, nicht aber mit einer Lawine von Wünschen über die Regierung herfallen, wie das jetzt bei der Eröffnung des Reichstags geschehen sei. Daß diese Lawine sich entwickeln konnte, lag aber doch lediglich an den Regierungen, die in den letzten Jahren sich gegenüber der Sozialpolitik gänzlich ablehnend verhalten haben. Auch in dieser Lage des Reichstags ist keine soziale Vorlage zu erwarten; das steht jetzt schon fest. Für die nächste Session haben wir einige Zusagen, Sicherheit auch noch nicht.“

Und über das Verhalten der anderen bürgerlichen Parteien sagt das Aachener Blatt: „Von den Reden, die von den nationalen Parteien gehalten wurden, galt der Widerspruch: es war Dampfbild mit Bremsen. Alle Redner nahmen den Mund möglichst voll. Alle wünschten eine entschiedene Förderung der Sozialpolitik, aber dies, was die einzigen aus der großen Sammlung von Wünschen herausgriffen, zeigte nur zu deutlich, daß man jene Sozialpolitik will, die den einzelnen Parteiangehörigen im Lande frommt, dagegen alles bekämpft, was diesen nicht paßt.“

Das sind, wie man sieht, sehr weit auseinandergehende Ansichten, was um so auffälliger ist, als es sich um Blätter derselben Partei handelt. Der unbefangene Beurteiler wird dem Aachener Blatt zustimmen. In der Tat ist das, was das Essener Blatt von der „nationalen Tat“ und das Münchener Blatt von dem „Sieg auf der ganzen Linie“ redet, eitel Humbug. Wir wissen es ja, die Regierung wird, wenn sie sich zur Sozialpolitik äußern soll, nie anders antworten, als daß sie nach wie vor auf das Beste der Arbeiter bedacht sei; hat doch auch die Thronrede versprochen, daß die Sozialreform „im erhabenen Sinne Kaiser Wilhelms des Großen“ fortgesetzt werden solle — worunter man sich alles mögliche vorstellen kann. Und genau so machen es die bürgerlichen Parteien, die ebenfalls nie zu betonen unterlassen, wie ernst sie es mit der Sozialreform meinen. Wer auf derartige Beteuerungen, mögen sie nun vom Regierungstische kommen oder von den Wänden der bürgerlichen Parteien, etwas gibt, der ist entweder ein politisches Kind oder ein politischer Schwindler. Im ersten Falle betrügt er sich, im zweiten Falle betrügt er andere.

Was von den Erklärungen Posadowskys, soweit sie die Stellung der Regierung zur Sozialpolitik im allgemeinen betreffen, zu halten ist, beweist der Umstand, daß sogar das ausgesprochene Scharfmacherorgan, die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ mit dem Staatssekretär des Innern zufrieden ist. Das Blatt stellt dem Grafen Posadowsky das Zeugnis aus, „daß er durchaus der von dem Reichstagsler ausgegebenen Parole nachzuleben versucht, insofern dieser die Fortführung des sozialen Reformwerkes von der Respektierung der Grenzen des Wirklichen und ohne Schaden für die nationale Gesamtheit Erreichbaren abhängig zu machen verspricht“ — mit dem selbstverständlichen Vorbehalt, daß über die Festsetzung dieser

„Grenzen“ einzig und allein das Unternehmertum zu bestimmen hat. Mit anderen Worten: Sozialreform soll stattfinden werden, aber nur so weit, wie die Herren Kapitalisten es für gut finden.

Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ ist sogar so nachsichtig, den Ausfall Posadowskys auf diejenigen nicht zu nehmen, die nach seiner Ansicht zwar erklären, man solle für Sozialpolitik, aber jeden einzelnen Schritt auf diesem Gebiet bekämpfen. Nach einer längeren Untersuchung über den Sinn dieser Worte kommt das Blatt zu dem Resultat, „daß der Ausfall gegen die angeblichen Bekämpfer der Sozialreform ein Scheingefecht war und nur zur Verkleidung der Tatsache in jeder Weise begründeten Absicht dienen sollte, die Fortführung des sozialen Reformwerkes programmäßig in „maßvoller und besonnener Weise“ bewirken“ — maßvoll und besonnen natürlich im Sinne des Unternehmertums, das jede wirkliche und entschiedene Maßnahme zugunsten der Arbeiter als einen Verstoß gegen diese Forderung, als einen „Schaden für die nationale Gesamtheit“ betrachtet und bekämpfen wird.

So wäre denn, wenn man auf Worte Gewicht legt, auf sozialpolitischem Gebiet in bester Ordnung. Das Zentrum feiert den Erfolg seiner Interpellation als einen „Sieg“, eine „nationale Tat“; alle Parteien mit Einschluß der organisierten Scharfmacher bekennen sich zur Fortführung der Sozialreform, wenn auch in „maßvoller und besonnener Weise“, und die Arbeiter sollen sich, wie das Essener Zentrumblatt meint, als die „lachenden Dritten“ freuen. „Es geht endlich vorwärts. ... Glück auf zum neuen sozialen Kurs!“

Was hat Posadowsky, um von den allgemeinen Beteuerungen des Wohlwollens auf greifbare Dinge zu kommen, denn eigentlich an praktischen Maßnahmen versprochen? Ist zunächst die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Hierüber vermochte Posadowsky nichts Näheres zu sagen, es sei ungewiß, ob und in welcher Gestalt die Rechte wieder eingebracht werde. Bekanntlich hat sich auf die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine das Zentrum ungemein viel zugute getan. Merkwürdigerweise findet jetzt die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“, daß die Frage der Rechtsfähigkeit für die Berufsvereine lange nicht die Notwendigste und Wichtigste sei; was viel mehr hindernd im Wege stehe, sei das überlebte Verbot und Versammlungsgesetz in Preußen, das von dem wegen zugunsten der Arbeiterorganisationen geregelt werden müsse. Eine Reform auf diesem Gebiet würden die Arbeiterfreudiger begrüßen, als das zweifelhafte Geschenk der Rechtsfähigkeit ihrer Berufsvereine!

Diesen Teil der Zentruminterpellation geben die christlichen Arbeiter also schon selber preis. Bleiben die Arbeitskammern und der zehnstündige Tag für Fabrikarbeiterinnen. Was die Arbeitskammern betrifft, so nimmt Posadowsky, wie er sich „allgemein und unverbindlich“ äußern kann, an, daß dem Reichstag in der nächsten Session ein diesbezüglicher Entwurf vorgelegt werden kann. Das ist vorsichtig ausgedrückt. Alles unverbindlich und ungenau und über die Beschaffenheit des Entwurfes, worauf es besonders ankommt, kein Wort! Die Arbeiterschaft wappte sich also mit Gebuld und mit Mißtrauen. Graf Posadowsky hatte auch jetzt noch den Mut, seinen Gesetzesentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine zu verteidigen, trotz der gesamten Arbeiterschaft einig in seiner Verurteilung. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften fordern Arbeiterkammern; sie werden aller Voraussicht nach in dieser Forderung nicht durchdringen; aber auch bei den scheidenden Ansprüchen unsererseits ist Mißtrauen geboten. „Freude“ in dem Sinne des Essener Zentrumblattes ist mit der mangelhaften Vorlage vorhanden; sie sei denen überlassen, die aller Erfahrung zum Trost auf „allgemeine“ und „unverbindliche“ Äußerungen von Regierungstisch aus Wert legen vermögen.

Bleibt noch der zehnstündige Tag für Fabrikarbeiterinnen. Posadowsky „hofft“, daß er in der nächsten Session eine diesbezügliche Vorlage machen kann. 17 Jahre besteht ein faiskliches Versprechen, „die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Gesundheit der Arbeiter, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben“. Von diesem Versprechen, das einen guten Teil der Arbeiterforderungen erfüllen würde, soll jetzt ein winzig kleiner Teil verwirklicht werden. Wenn dieses Tempo für die Zukunft maßgebend sein soll, dann wartet das faiskliche Versprechen noch zehnmal 17 Jahren auf Erfüllung.

Die Frage der Einführung des allgemeinen zehnstündigen Tags ist längst spruchreif. Wenn die bürgerlichen Parteien auch nur eine Spur guten sozialen Willens in sich hätten, würden sie alles aufbieten, um die gesetzliche Regelung der täglichen Beschäftigungsdauer für alle Arbeiter durchzusetzen. Wenn sie sich jetzt mit dem zehnstündigen Tag für Arbeiterinnen begnügen, so dient das nur dazu, die allgemeine Regelung der Arbeitszeit hinauszuschieben. Man kuriert an den auffälligsten Nebenerscheinungen herum mit der Absicht, das Grund- und Hauptübel desto sicherer und länger zu bewahren. Und da will man den Arbeitern einreden, sich als die „lachenden Dritten“ zu fühlen und über den „Sieg“ der sozialen Sache zu triumphieren. Wenn das kein Humbug ist, dann möchten wir wissen, was diesen Namen verdient!

Das sozialpolitische Programm, das die Regierung entwickelt hat, ist so mager, so ungewiß und so unbestimmt wie nur möglich. Wenn damit die fünfjährige Rechnung des nächsten Reichstags abschließen sollte, dann würden nicht die Arbeiter, sondern die Scharfmacher die „lachenden Dritten“

sein, denn ihr Wunsch wäre erfüllt, daß das „soziale Reformwerk“ in „maßvoller“ und „besonnener“ Weise im Unternehmerrinn fortgeführt wird.

Die Arbeiter werden gut tun, sich auf die eigene Kraft zu verlassen, ihre Organisationen auszudehnen und zu festigen. Regierung, Unternehmertum und bürgerliche Parteien weichen nur der Macht, und die liegt für die Arbeiter in der Stärke der Organisation und in der Entschiedenheit des Klassenbewußtseins.

Die „gelben“ Gewerkschaften und ihre Grundsätze.

II. (Schluß.)

—r. Alles das, was wir im ersten Artikel ausgeführt haben, hat Ferdinand Lassalle bereits vor mehr als vierzig Jahren den deutschen Arbeitern erzählt, als er die volkswirtschaftlichen Theorien des Herrn Schulze aus Delitzsch zerpfückte. Man sollte es deshalb kaum für möglich halten, daß man heutzutage wieder versucht, Anschauungen zu verbreiten, die längst überwunden sind. Aber nicht nur die Spartheorie soll wieder galvanisiert werden wie ein toter Frosch, sondern auch die Harmonielehre des seligen Schulze will man wieder eine fröhliche Aufrechterhaltung feiern lassen. Mit einem gewissen Pathos, das dem gelben Häuptling aus Zürich so wohl ansteht, schreibt er in seinem Artikel: „Aus dieser Weltanschauung der Gelben (nämlich dem Prinzip des Sparens) ergibt sich ohne weiteres die Auflehnung gegen die sozialdemokratische Zukunftsstaatslehre und daraus wieder unsere Verwerfung der sozialdemokratischen Taktik. Wir weigern uns, willenslose Werkzeuge in der Hand berufsmäßiger Gehapostel zu sein, und konstatieren, daß das Ziel der Zukunftsstaatler bestenfalls in keinem vernünftigen Verhältnis zu den Opfern ihrer verzweifeltsten Taktik steht. Wir entdecken, daß unter ganz bestimmten Bedingungen Arbeitgeber und Arbeiter gleiche Interessen haben, nämlich die Produktion so zu gestalten, daß sie zur Erwerbung von Besitz für jeden Mitarbeiter dient.“

Der Mann nimmt den Mund etwas voll und renommiert mit einer „Entdeckung“, die von anderen Leuten bereits vor 50 Jahren gemacht worden ist, die sich aber längst als ein Windel entpuppt hat. Er redet nämlich von einer Solidarität zwischen Arbeitgeber und Arbeiter, die nirgends anderswo existiert als in seiner Phantasie, und beklagt es als ein Unglück, daß diese neue Entdeckung von beiden Parteien, von den Unternehmern und den Arbeitern gleichermaßen mißverstanden wird. Er versucht deshalb die Sache klarzumachen, indem er im Tone eines altgriechischen Orakels folgende Weisheit verzapft: „Sowohl ein Teil der im täglichen Kampfe ums Dasein stehenden Arbeitgeber als auch Arbeiter suchen, sobald von Interessen die Rede ist, den kleinlichsten Standpunkt zur Beurteilung dieser Interessen heraus, nämlich die Frage nach der größeren oder kleineren Anzahl der zu bewilligenden Stundenlohnspfennige. Der Arbeitgeber sagt sich: Mein Interesse bedingt möglichst geringen Arbeitslohn, wodurch meine Konkurrenzfähigkeit auf dem Absatzmarkt steigt. Der Arbeiter hingegen will möglichst hohen Lohn. Wir Gelben sagen dazu: Ihr zankt euch beide ohne jede Aussicht, niemals einig zu werden, weil ihr euch für zwei auf ewig verschiedene Menschenklassen haltet, wie es euch die Sozialdemokraten mit ihrem Klassenkampf eingeredet haben. Die gelbe Partei weigert sich, diese in der Hitze des täglichen Guerillakriegs von euch selbst geschaffenen, mit euren Mitteln nicht überbrückbaren Interessengegensätze zu berühren; sie verliert nicht ihre Zeit und Kraft damit, herauszufinden, ob dieser oder jener Lohn der richtige sei, sie faßt vielmehr Arbeiter und Arbeitgeber beim Armel und sucht beide in diejenige Lage zu bringen, aus welcher sich die Einigung von selbst ergibt. Bisher hat sich jede Arbeiterpartei zur Vertreterin einseitiger Lohnarbeiterinteressen gemacht. Wir Gelben wollen die proletarisierende Lohnarbeit abschaffen, haben daher ein Recht, Lohnarbeiterinteressen nur ganz nebenbei zu behandeln, und da, wo die unmittelbaren Bedürfnisse unserer Parteigenossen unser sofortiges Vermitteln erheischen, versuchen wir eine vorläufige Einigung ohne Opfer zu erzielen, weil eben eine dauernde Einigung unter den jetzigen Umständen nicht möglich ist, und dann auch, weil die Noten uns diese provisorische Gluckarbeit abnehmen, wir also nur dafür zu sorgen haben, daß das kopflose Vorgehen der Noten die Erreichung unseres Zieles nicht gefährdet; wir fallen daher den Noten in den Arm, sobald ihre Streikstatistik in Verelendung der Arbeiter oder Vernichtung der Industrie ausartet. Letzteres, die Vernichtung der Industrie, würde uns der Quelle berauben, aus der wir schöpfen wollen, um den Arbeiter auf den Standpunkt des Unternehmers zu bringen, das heißt ihm ein Kapital zu verschaffen, welches ihm erlaubt, auch fernerwärts aus dem kapitalistischen Produktionssystem Nutzen für sich selbst zu ziehen.“

Wir bitten Herrn v. Reisswitz dringend, er möge auf der Hut sein und sich von dem gelben Arbeiterhäuptling nicht umgarnen lassen. Der Mann ist allerdings ein großer Konfusionsrat und schimpft zum Schein auf die Sozialdemokratie; in Wirklichkeit sucht er die Unternehmern zu täuschen, denn er ist im Grunde seines Herzens ein — wenn auch sehr konfus — Sozialdemokrat. Er künmet sich nicht um die kleinen Lohnstreitigkeiten, um „die paar Pfennige Lohnhöhung und die halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung“, das sind für ihn Bagatellen, nichtsagende Kleinigkeiten, er geht auf Ganze, denn er will die Lohnarbeit, die den Arbeiter zum Proletarier degradiert, radikal

beseitigen und die Arbeiter zu Kapitalisten machen. Der Gedanke ist durchaus nicht schlecht, und mit etwas anderen Worten sagen das „die berufsmäßigen Geher und Zukunftsstaatler“ auch. Auch diese Leute wollen die Vereinigung zwischen Arbeit und Kapital wiederherstellen, die der Kapitalismus zertrümmert hat; auch sie wollen die Arbeiter zu Besitzern der Produktionsmittel machen und dadurch die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigen. Allerdings nicht zu Privateigentümern dieser Produktionsmittel, denn dann kämen wir wieder auf den Standpunkt des „Teilens“ zurück, und wir müßten Fabriken und Maschinen und Eisenbahnen usw. auseinanderreißen, während die vernünftigen Sozialisten die Absicht haben, eine gemeinsame planmäßige Gütererzeugung durch und für die Gesellschaft einzuführen. Selbstverständlich fällt es keinem Sozialisten ein, die Industrie vernichten oder die Fabriken, Maschinen usw. zerstören zu wollen, wie der Konfusionsrat aus Zürich glaubt; der Sozialismus will vielmehr, nach den Worten von Marx, die Erzeugnisse der kapitalistischen Ara: das System der Kooperation und den Gemeinbesitz der Erde und der durch die Arbeit selbst erzeugten Produktionsmittel, mit in die zukünftige Gesellschaft hinübernehmen.

Hoffentlich wird der Hamburger Scharfmacherhäuptling nicht auf den gelben Schwindel reinfallen und sich nicht dadurch verblenden lassen, daß der Züricher Arbeiterhäuptling aus vollem Halse auf die Sozialdemokraten schimpft. Dies gehört heutzutage nun einmal zum „guten Ton“, und wenn ein Mensch im übrigen noch so dumm ist, das Schimpfen auf die Sozialdemokraten verleiht ihm den Nimbus eines Geisteshelden. Darum spricht der Mann aus Zürich von der Marxschen Lehre als von einer „nebelhaften Doktrin“, die geschaffen ist, „um wirtschaftlich unerfahrenen Leute zu begeistern“, und tadelt die sozialdemokratische Partei, „weil sie das Kapital als ein Ungeheuer hinstellt, das der Mensch, der es geschaffen hat und täglich vermehrt, eiligst in die Hände einer rohen Staatsbeamtenhaft geben muß, damit diese rohe Bürokratie sich damit mäße, wie bisher mit den Arbeitergroßchen“. Dieser Satz enthält allerdings einen Wust von Blödsinn, aber die Absicht ist gut, und das ist bei den Sozialistenressern die Hauptsache.

Nachdem der Gelbe auf diese Weise seinen Befähigungsnachweis als Kämpfer für Eigentum und Ordnung erbracht hat, fährt er heuchlerisch fort: „Wir Gelben sehen das Kapital als eine Triebkraft individuellen Strebens an, welches allein Fortschritt schafft, weil nur der einzelne erfindet, gründet und schöpft, die Masse stets nur folgt oder dann zerstört. Diese Triebkraft müßte bei Abschaffung des Privateigentums durch eine andere ersetzt werden. Die sozialdemokratische Triebkraft, die Zwangsarbeit des Zukunftsstaats, würde, um den Preis jeder persönlichen Freiheit, vielleicht ein Vegetieren der Völker ermöglichen, der Kultur aber würde sie ein Ende bereiten. Gingen wir das Kapital nur dann als nützlich an, wenn es der Lohn der Arbeit ist, und wenn, anstatt sich in wenigen Händen zu sammeln, es sich verdienstentsprechend auf alle Volksschichten verteilt. Diese Möglichkeit wohnt der heutigen Organisation des Kapitals inne (Aktien, Anteile usw.); sie knüpft sich aber an die Bedingung des Sparens dieser Volksschichten, des weniger Verbrauchens, als man erwirbt. Man wende nicht ein, das Sparen sei den meisten unmöglich; das ist nicht wahr. Dagegen fehlt den meisten der Sparsinn, das geduldige Sammeln der Groschen zu Talern, der Taler zu Banknoten. Aber das heutzutage, bereits Frankreich, dort hat der Arbeiter von jeher ein Sparvermögen, und von den 600.000 gelben Arbeitern Frankreichs fehlt wenigen die Sparbüchse. Aber die Franzosen haben den Sparsinn, der dem Deutschen fehlt. Den Rest dieses Sparsinns zu zerstören ist das nächste Ziel der Sozialdemokratie; sie treibt damit zur Konzentration des Kapitals in die Hände weniger; sie ist von dieser Konzentration hypnotisiert, erkennt zwar den Abgrund, strebt ihm aber dennoch zu.“

Aber die Möglichkeit, daß die Arbeiter durch das geduldige Sammeln von Groschen und Talern und Banknoten Kapitalisten werden könnten, wollen wir kein Wort mehr verlieren, denn die Lösung der sozialen Frage mit Hilfe des Sparsinns ist wirklich zu dumm, wissen möchten wir aber wohl, was Herr v. Reisswitz zu dem Plane sagt, das Kapital über alle Schichten des Volkes zu verteilen. Der gelbe Häuptling vertritt den Standpunkt, daß das Kapital nur als Lohn für geleistete Arbeit eine Existenzberechtigung habe. Was sagt Herr v. Reisswitz und was sagen seine Arbeitgeber zu dieser ungeheuerlichen Ansicht? Danach hat kein Aktionär ein Recht auf Kapital, wenn er nicht selbst im Betriebe tätig ist, auch das Kapital, das einem Menschen durch Erbschaft zufällt, hat keine Existenzberechtigung. Und ist es vielleicht als ein Lohn der Arbeit zu bezeichnen, wenn ein junger Mensch (man denke an die Firma Krupp!) eine reiche Kapitalistin heiratet und dadurch selbst Kapital erwirbt? Wir warnen die deutschen Scharfmacher dringend vor der gelben Lehre über die Stellung des Kapitals im Wirtschaftsleben. Sie ist das reine Gift, und was daraus entstehen würde, wenn man sie in die Praxis umsetzte, lehren uns die weiteren Ausführungen des Artikels: „Daß die Vorliebe für staatliches Eingreifen etwas im deutschen Blut steckt, läßt sich nicht leugnen; ihr entspringt die Disziplin, die Deutschlands Größe machte; ihr Auswuchs ist die Zukunftsstaats-Idee, die trotz kleiner Wahlsiege, über welche sich das deutsche Bürgertum in seiner Anspruchseligkeit freut, immer weitere Kreise kindlicher „Denker“ ergreift. Es ist also höchste Zeit, daß alle noch nicht davon Angesteckten, Arbeitgeber, Arbeiter wie Bürger,

für die Wiederherstellung normaler, wirtschaftlicher Begriffe und ihre Verbreitung unter der Arbeiterschaft wirken, durch Bedeckung des Sparsinns zuerst und Beteiligung mit dem Ersparnis am produktiven Kapital. Jeder suche die für seinen Wirkungskreis geeigneten Mittel heraus. Mittel und Mittel gibt es nicht. In jedem Beruf, in jeder Gegend muß das Passende, das Wirksame herausgefunden werden. Aus dem Vorstehenden erhellt der Charakter der gelben Bewegung; sie erstrebt Beteiligung aller Volksschichten am produzierenden Kapital und dadurch Stellung des Kapitals unter die Vormächtigkeits der geistigen und körperlichen Arbeit; Umwandlung des Kapitals aus einem Übel zu einem volkswirtschaftlich nützlichem Faktor.“ Wenn Herr v. Reisswitz diesen letzten Satz gründlich durchliest und durchdenkt und dann immer noch nichts merkt, dann kann er uns leb tun. Dann mag er ruhig das gelbe Kuckucksei ausbrüten, soll sich aber nicht wundern, wenn ihm hinterher ein Wechselbalg von Dummheit, Phrasen und Kapitalfeindschaft entgegengrinst. Wem nicht zu raten ist, dem ist auch nicht zu helfen.

Zum Schluß seines Artikels prahlt der gelbe Arbeiterhäuptling mit den Fortschritten seiner Idee in Frankreich und der Schweiz. Als echter Harmoniebüfeler und Konfusionsrat mischt er Kraut und Rüben durcheinander, wenn er schreibt: „Wir gründen und nehmen sowohl Arbeitgeber- als Arbeiterverbände auf; denn nur gut geführte Arbeitgeberverbände können unseren Arbeiterverbänden das geben, was wir von ihnen erwarten, nämlich Beschränkung, wenn nicht gänzliche Vermeidung von Arbeitslosigkeit und Milderung der die Bühne drückenden Konkurrenz der Arbeitgeber unter sich. Unsere Arbeiterverbände bezwecken: leichtere Einigung mit den Arbeitgeberverbänden durch Garantie gegen Arbeitermangel und gegen mutwilliges Streiken anderer Organisationen; Studium der möglichen Verbesserungen; talblütige Schlichtung von Streitigkeiten durch nicht direkt beteiligte Mitglieder; Ansporn der Mitglieder zu beruflicher Vervollkommnung; Weckung des Interesses an der Industrie; Anspornung zum Sparen; Anleitung der Mitglieder zu kluger Verwaltung des Ersparnis; Mitwirkung bei Gründung und Verwaltung von Genossenschaftsbanken für Kapitalbeteiligung an industriellen Unternehmungen, wodurch die Arbeiterschaft selbst in die Reihen des Großkapitals tritt und Mitbestimmern der Industrie wird. Die von derartig geleiteten gelben Verbänden bereits erzielten Erfolge in Lohn-, Arbeitszeit-, Arbeitslosigkeit- usw. Fragen lassen das sozialdemokratische Streiksystem als reine Gassenbuhenspielererei erscheinen. In Deutschland wird die gelbe Lehre, sobald ihr innerstes Wesen allgemein bekannt sein wird, von den Gewerkschaften aufgenommen werden; ein immer größerer Teil des Kapitals wird automatisch durch den Lohn in die Hände der Arbeiterschaft übergehen, wodurch ihr Interesse mit dem der Arbeitgeber und des Bürgertums identisch werden wird; der Wert der Dividende wird dem des Lohnes gleich werden und jeden Konflikt ausschließen. Von der Sozialdemokratie wird nur die Lächerlichkeit ihrer komplizierten Staatsmaschine übrig bleiben!“

Wir halten es für unter unserer Würde, einer solchen dummdreisten Prahlerei und hirnlosen Faselerei auch nur ein Wort der Erwiderung zu widmen. Der Blödsinn widerlegt sich selbst.

Soziales.

Selbstmord der Unfallverletzten.

□ Daß der ewige Kampf um die Rente viele arme Verletzte ganz nervös macht, so daß man an „Unfallhysterie“ schon höhnisch in den Kreisen der „Ordnungsmänner“ redet, ist klar.

Die Berufsgenossenschaften kümmern sich aber den Teufel darum, wie ihre „Tätigkeit“, im Drücken der ohnedies so schmalen Renten, von den Verletzten aufgefaßt wird. Sie haben eben die Macht in Händen, unbefränktes Selbstverwaltungsrecht in ihren Berufsgenossenschaften, keine Behörde mischt sich in ihre Geschäfte, seit Bödikers Abgang aus dem Reichsversicherungsamt ist auch die Überwachung dieser Aufsichtsbehörde eine sehr „wohlwollende“ geworden. Auf Göbel folgte Kaufmann! Kein Wunder, daß unsere Volkblutunternehmer die Organisation der Berufsgenossenschaften das „Ideal einer Arbeiterversicherung“ nennen, weil dieses Ideal von „Unternehmern“ ja allein verwaltet wird. Der Versicherte ist rechtlos, machtlos und daher der Willkür dieser Fabrikantenstippe preisgegeben. Die Ausführungen der Arbeiterblätter, daß wie im Militärdienste, auch durch die Maßnahmen der Berufsgenossenschaften arme Rentenempfänger in den Tod getrieben werden, wurde als „sozialdemokratische Gehe“ stets bezeichnet.

Jetzt macht aber nachstehende Notiz durch die „Ordnungsblätter“ die Runde:

—o— Straßburg, 16. Februar. Über eine tragische Wirkung der Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes berichtet die „Straßburger Post“. Der Arbeiter Christmann in Dambach verlor infolge eines Unfalles ein Bein. Von der Unfallberufsgenossenschaft wurde ihm eine monatliche Rente von 10 Mk. zuerkannt. Als er bei einem Fuhrunternehmer wieder leichte Beschäftigung fand, entzog ihm die Genossenschaft die Rente. Das nahm sich der arme Schlucker so zu Herzen, daß er sich erhängte.

Das ist alles! Kein Wort der Kritik! Der „arme Schlucker“ nahm sich die Sache „so zu Herzen“, daß er sich aufgehängt hat. Jedenfalls war er an „Gott und der Welt“ schon verzweifelt, als er den Entschluß faßte, lieber sich

zuhängen, als den Kampf gegen die mächtigen Berufsge-
nossenschaften zu führen. Er stand sicher allein, blickte trübe
in die Zukunft, die uns ja die „Aberale Kra“ bringen soll.
Doch die Notiz spricht ganze Hände und sollte von den
Siegern des 25. Januar 1907 lieber unterdrückt werden.
Für den Verlust eines Beines, wenn die Notiz richtig
berichtet, erhielt der Verletzte pro Monat 10 Mk. an Rente.
„Begehrlich“ war also der Krüppel nicht, sonst hätte er sich
eine höhere Rente erkämpft, da für den Verlust eines Beines
doch Renten in Höhe von 50 bis 75 Prozent gewährt wer-
den. Daß er sich dann weiter gefallen ließ, daß man ihm
diese karge Rente ganz entzog, weil er wieder „leichte Be-
schäftigung“ gefunden hatte, zeigt auch, daß der Krüppel
keine Courage oder sie, seien wir gerecht, vielleicht nach den
gemachten Erfahrungen im Kampfe ums Dasein schon ganz
verloren hatte.

Ein wenig Gesezeskenntnis hätte dem Krüppel sagen
müssen, daß ihm die Rente deshalb nicht entzogen werden
konnte, weil er wieder entsprechende Arbeit gefunden hatte,
da er ja mit 10 Mk. Rente pro Monat nicht leben konnte.
Doch wo sollte vielleicht der Krüppel diese Kenntnis her
haben? In der Schule lehrte man ihm sicher nichts davon,
Arbeiterzeitungen wird er nicht gelesen, einer Organisation
nicht angehört haben; sonst hätte er den Rat und Hilfe ge-
funden, den Kampf gegen die Berufsgeossenschaft aufzu-
nehmen. So aber wurde er von der Berufsgeossenschaft in
den Tod getrieben, weil er sich deren „Fürsorge“ als „armer
Schlucker so zu Herzen“ nahm! Lieber Tod als Krüppel!
Auch eine Strophe aus dem hohen Lied auf die Arbeiter-
fürsorge im herrlichen deutschen Lande!

Das Berufsvereinsgesetz kommt. Offiziös wird ge-
meldet: über die Umgestaltung des Gesetzes über die
Rechtsfähigkeit der Berufsvereine sind, wie mehrere
Blätter hören, kein feste Entschlüsse gefasst
worden. Wenn in absehbarer Zeit unter den Bundes-
regierungen über eine reichsgesetzliche Regelung des Ver-
einswesens eine Einigung nicht zu erwarten ist, wird die
Reichsregierung, um nicht dem Verdacht der Verschleppung
sozialpolitischer Gesetze ausgesetzt zu sein, das Berufs-
vereinsgesetz im Herbst dem Reichstag wieder vor-
legen und dabei jedenfalls den Bestimmungen über die
Möglichkeit der Entziehung der Rechtsfähigkeit, deren allzu
große Dehnbarkeit entschiedenen Widerspruch im Reichstag
hervorrief, eine genauere Fassung geben. Auch einige Be-
stimmungen der polizeilichen Kontrolle der Vereine sollen
eine Umgestaltung in liberalem Sinne erfahren.

Also das Vereinsgesetz, das Willow dem Liberalis-
mus als Konzession in Aussicht gestellt, soll wahrscheinlich
vertagt werden, wohingegen das Gewerkschaftsnebel-
gesetz im Herbst wieder auf der Bildfläche erscheinen soll!

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

- Den folgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die
Genehmigung erteilt, einen wöchentlichen Lokalbeitrag
in angegebener Höhe neben dem ordentlichen Verbands-
beitrag zu erheben, und zwar ab 1. April je
- 1,75 Mk.: Nowarow-Neudorf;
 - 1,25 Mk.: Epenick, Friedrichshagen;
 - 80 Pf.: Wilhelmshagen a. Elbe;
 - 70 Pf.: Bremen, Velten;
 - 60 Pf.: Burg;
 - 50 Pf.: Eberswalde, Kallberge, Königsberg i. Pr., Mainz,
Muskau, Mendenburg, Wörmz;
 - 40 Pf.: Cassel, Reifen, Osnabrück, Sanderburg,
Arbingen;
 - 35 Pf.: Brandenburg, Hohenburg, Bodeborn, Zuffen-
hausen;
 - 30 Pf.: Eöthen, Dessau, Detmold, Dortmund, Duisburg,
Erfurt, Essen, Fürstentum i. Meckl., Geringswalde, Götlich,
Gartba, Herxlohn, Köpchenbroda, Mühlheim a. M., Nieder-
sedlitz, Parchim, Prenzlau, Rosdorf, Schönberg i. Meckl.,
Sprendlingen, Springe, Stade, Teier, Werden a. d. R.;
 - 25 Pf.: Bernburg, Cottbus, Friedland i. M., Göttingen,
Großbröhrsdorf, Lage, Lauenburg a. E., Marne, Melle, Mühl-
dorf a. Jm, Peine, Wolfsgart, Zeth, Zerbst;
 - 20 Pf.: Bensheim, Colberg, Deltich, Elbing, Franke-
thal, Greifenhagen, Großenhain, Ingolstadt, Lauerberg,
Lindow, Müb, Meerane, Mesbach, Neike, Nienburg, Oggers-
heim, Passau, Schmiederberg, Ulzen, Weiskensfeld;
 - 15 Pf.: Coswig, Emmendingen, Geithain, Gameln,
Seidenheim, Somburg v. d. S., Tauer, Kahla, Landberg a. Lech,
Ludwigsburg, Ravensburg, Sangerhausen;
 - 10 Pf.: Aken, Bromberg, Bünde, Bützow, Eberstadt,
Eppendorf, Febrbellin, Garmisch, Graudenz, Schwab. Hall,
Machin, Mellnbach, Perleberg, Raschau, Reichenbach,
Walzenburg, Wittenberg;
 - 5 Pf.: Jöhstadt.

An freiwilligen Beiträgen für die ausge-
sperrten Mitglieder sind bei der Hauptkasse weiter ein-
gegangen und werden hierdurch quittiert: Stettin 2000,
Loth 81,20, Langenbielau 100, Walzenburg 200, Anger-
münde 25, Febrbellin 10, Senftenberg 50, Straußberg 150,
Eppendorf 25, Grimma 100, Kl.-Obersdorf 50, Schmüdau
500, Stollberg i. R. 15, Erfurt 600, Gotha 500, Jämenau 25,
Kahla 15, Mellnbach 100, Naumburg 300, Neustadt a. Orla
50, Ohrdruf 15, Themar 200, Blankenburg a. S. 120, Eis-
leben 25, Stendal 150, Ostebürgge 150, Hufum 100, Schles-
wig 50, Wandsbeck 500, Minden 50, Werden i. R. 70, Ulzen
10,50, Saan 20, Gattingen 20, Herxlohn 100, M.-Glabach
25, Wab 200, Witten 7,55, Frechenheim 50, Frankenthal 300,
Friedberg i. S. 121,50, Hellheim 10, Kaiserlautern i. R. 800,
Reinweid 50, Offenbach a. M. 800, Reichenhausen 20, Ban-

reuth 100, Erlangen 100, Hof 50, Zirndorf 100, Landshut 60,
Bachnang 85,80, Bretten 25, Frommern 10, Gall 3,15,
Ludwigsburg 100, Neuenburg 20, Nörth 15, Raftatt 80,
Schramberg 80, Staufen 20, Urach 65 Mk.

Von Einzelmitgliedern: Mettler-Hersfeld 1, Schiemann-
Schneega 1,50, Jäger-Halver 5, Witsch-Halver 3 und Novak-
Bredbin 1 Mk.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren ge-
meldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 5753 Gustav Glathe, Tischler, geb. 1. 10. 66 zu Siegnitz.
 - 278928 Fr. D. Meißner, Holzarbeiter, geb. 27. 8. 75 zu Wschberg.
 - 295828 Heinrich Rodschun, Tischler, geb. 6. 7. 82 zu Menschendorf.
 - 298081 August Bieber, Tischler, geb. 21. 7. 63 zu Mahwellen.
 - 811962 Josef Mehl, Stellm., geb. 1. 10. 88 zu Mehrenbach.
 - 819041 Wlth. Gohl, Drechsler, geb. 12. 9. 70 zu Freiburg i. Schl.
- Stuttgart, Adlerstraße 48. Der Vorstandsvorstand.

Korrespondenzen.

Aue in Sachsen. Seit einiger Zeit macht sich bei uns
eine gewisse Lauheit im Versammlungsbesuch bemerkbar,
und meist sind es dieselben Kollegen, die immer fehlen.
Angesichts unserer Lebenslage wäre ein größeres Interesse
für unsere Organisation dringend zu wünschen. Bedauerlich
ist es, daß die Möbelschleifer von Götter und Kirchsich
noch nicht entschließen konnten, dem Verband beizutreten;
bei Wöhnen von 28 bis 34 Pf. bei elfstündiger Arbeitszeit
könnte doch ihre Lage sehr wohl eine Verbesserung vertragen.
Zu tadeln ist auch, daß eine Anzahl Bau- und Möbelschleifer
mit der elfstündigen Arbeitszeit nicht zufrieden sind und im
Sommer 14 bis 16 Stunden arbeiten. In der Stuhlfabrik
von Lecher sind die meisten Kollegen organisiert, es gibt
aber auch dort noch Mißstände, die beseitigt werden könnten.
Insbesondere sollten die Kollegen mehr Einigkeit zeigen.
An die uns noch fernstehenden Kollegen ergeht die Mahnung,
sich dem Holzarbeiterverband anzuschließen und gemeinsam
mit uns an der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedin-
gungen zu wirken.

Augsburg. (Partettler.) In einer am 24. März
stattgefundenen gut besuchten Versammlung der Partettler
wurde die Gründung einer Sektion für diese beschlossen.
Als Vorsitzender wurde einstimmig Kollege Max Strich,
Georgenstr. 41, gewählt und sind alle Zuschriften an obige
Adresse zu richten. Kollegen! Nachdem sich nun diese
Gründung vollzogen hat, gilt es nun, dieselbe auch hoch-
zuhalten. Nicht rasten dürfen wir, unermüdet müssen wir
weiterarbeiten, überall muß unsere Organisation Eingang
finden. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn die
Kollegen mehr denn je ihre Schuldigkeit tun, mehr auf-
klärend wirken, dann wird auch die Saat, welche wir jetzt
auf steinigstem Boden ausstreuen, mit der Zeit gute Früchte
bringen.

Berlin (Drechsler.) Die Freie Vereinigung der Drechsler-
meister Deutschlands hat sich dem Arbeitgeberverband
angeschlossen. „Hand in Hand mit den Gesellen die tief-
traurige Lage in unserem Beruf verbessern“, so klangen die
Worte des Vorsitzenden der neugegründeten Freien Ver-
einigung der Drechslermeister Deutschlands, Herrn Walter,
in einer Versammlung der Drechsler Berlins und der Vor-
orte, welche im Herbst 1906 stattfand. Und jetzt? Ohne
Vertrag keine Arbeit. Nicht mit Unrecht führte jener
Herr seinerzeit aus, daß die Konkurrenz der Provinz un-
geheuer schwer auf unseren Beruf lastet, unumwunden gab
er zu, daß die Verdienste der Berliner Drechsler niedrig sind,
aber, so erklärte er, wir können auch nicht weiter, wir werden
erdrückt, wir können nicht mehr zahlen. Unsere Kollegen
ließen sich nicht täuschen. Sie erkannten, daß diese Organi-
sation denselben Weg geht wie alle anderen Arbeitgeber-
organisationen. Trotz aller schönen Redensarten finden sich
die Unternehmer nur zu einem Ziel zusammen, sie sind nur
eins im Kampf gegen die Gesellen. Wir sind auch die
Freie Vereinigung der Drechslermeister Deutschlands ange-
langt. Am 20. Januar 1907 tagte in Berlin eine Versam-
lung dieser Herren, deren wichtigster Punkt der Tages-
ordnung: Anschluß an den Arbeitgeberverband war.
Vor wenig mehr als einem Jahr forderte der Herr Walter
von uns, dafür zu sorgen, daß in der Provinz die Löhne
steigen, und jetzt der Anschluß an den genannten Verband,
dessen einzige Aufgabe darin besteht, jede Lohnbewegung
und wenn sie noch so berechtigt ist, unmöglich zu machen.
Der Erfolg unserer letzten Bewegung hat es Herrn Walter
angehen. Verschwunden sind die Vorzüge des Hand in Hand
Arbeitens und an deren Stelle heißt es jetzt „Ohne Vertrag
keine Arbeit.“ Aus dem Mann, welcher ernstlich bemüht
gewesen ist, einen Aufschwung der Drechsler herbeizuführen,
ist nun ein kleiner Mahardt geworden. Die jetzt gestante
Parole ist: „Kampf den Gesellen.“ Ein Zuglatter, welches
uns auf den Tisch gestallert ist, besagt, daß es wohl jetzt
an der Zeit ist, einen Vertrag abzuschließen. Gewiß, wir
sind bereit, einen Vertrag abzuschließen, einen Vertrag,
welcher das durch unsere Bewegung erzwungene Verlangen
festlegt, aber niemals wird es geschehen, daß dieser Ver-
schlechterungen bringen darf. Das eine steht fest. Trotz der
Machprobe, wie sie jetzt die Holzindustriellen in Essex ge-
seht haben, trotz dieser Aussperrung, trotz der Aufforderung
des Herrn Walter an die Mitglieder der Freien Vereini-
gung der Drechslermeister auswärts, während der Aussper-
rung keine Berliner Drechsler einzustellen, sondern alle ent-
sprechenden Kräfte zu entsenden, trotz des Anschlusses an den
Schutzverband lassen wir uns nie und nimmer einen Ver-
trag aufzwingen, der uns nicht gefällt. Wenn sich die Kol-
legen Berlins und der Vororte wieder einmal am 28. Fe-
bruar in einer Versammlung mit der Freien Vereinigung
beschäftigten, so ist es nicht die Bedeutung, welche wir dieser
Bemerkung, die uns dazu veranlaßt, sondern um unseren Kol-
legen zu zeigen, wie recht wir hätten, daß wir uns nicht in
das Joch der Unternehmer haben spannen lassen, um für sie
die Kastranten aus dem Feuer zu holen. Unsere Stärke ist
nicht in dem Wohlwollen der Arbeitgeber begründet, sondern
in unserer Organisation ist, die uns Macht gibt und uns stark
genug macht, unsere Interessen so zu vertreten, daß es für
uns zum Vorteil ist. Nicht eines jeden Kollegen ist es,
alles daran zu setzen, daß auch der letzte in unsere Reihen
eingedrückt ist. Auf unserer Konferenz, welche hoffentlich der

Hauptvorstand genehmigen wird, werden sich Mittel und
Wege finden, auch unsere traurige Lage zu verbessern, nicht
Hand in Hand mit den Unternehmern, sondern durch unsere
Organisation.

Boizenburg. In der am 16. März abgehaltenen Mit-
gliederversammlung wurde die Lage der Schiffszimmerer einer
Besprechung unterzogen und dabei der Wunsch ausgesprochen,
daß auch in der Holzarbeiter-Zeitung öfters etwas vom Schiff-
bau berichtet werde. In einer einstimmig angenommenen
Resolution wurde den ausgesperrten Kollegen Sympathie
ausgesprochen und zur finanziellen Unterstützung derselben
die Erhebung eines Extrabeitrages von 20 Pf. wöchentlich be-
schlossen.

Frankenberg. Am 25. März fand hier eine außerordent-
liche Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung
stand: „Wie stellen wir uns zu einem vorübergehenden
Extrabeitrag?“ Nach einem Referat des Kollegen Sieffels
wurde beschlossen, einen wöchentlichen Extrabeitrag
von 10 Pf. zu erheben. Gleichzeitig wurde beschlossen,
100 Mk. aus der Lokalkasse als außerordentlichen Bei-
trag an die Hauptkasse abzuführen.

Freising. Es scheint, daß die hiesigen Unternehmer von
der Aussperrungswut ihrer norddeutschen Kollegen angefeuert
sind und den gegenwärtigen schlechten Geschäftsgang aus-
nützen wollen, um den ablaufenden Tarif zu kündigen.
Unsere Kollegen müssen sich auf alle Eventualitäten vor-
bereiten. In Anbetracht der zurzeit schwebenden Kämpfe haben
auch wir beschlossen, einen Extrabeitrag zu erheben. Um
unsere Kollegen richten wir die Mahnung, die Versammlun-
gen fleißig zu besuchen. In die Mitgliederversammlung
am 7. April sind die Mitgliedsbücher mitzubringen, am
8. April findet eine allgemeine Versammlung mit einem aus-
wärtigen Referenten statt.

Herford. In der Mitgliederversammlung am 25. März
die sehr stark besucht war, beschäftigten sich die Kollegen mit
der Aussperrung in der Holzindustrie. Nach längerer Dis-
kussion wurde gegen 16 Stimmen beschlossen, einen
Extrabeitrag von 20 und 30 Pf. einzuführen. Zum
Schluß wurde vom Vorsitzenden auf die am 1. April statt-
findende Lohnhöhung hingewiesen; sollten hieraus Differ-
enzen entstehen, so sind diese der Verwaltung sofort zu
melden.

Leipzig. (Drechsler.) Die Sektion hielt am 16. März
eine gut besuchte Versammlung ab, in welcher in Anbetracht
der demnächst einzuberufenden Drechslerkonferenz Kollege
Ritzing zu dem Thema „Die Entwicklung der Produktion in
Drechslergewerbe und ihre Wirkung auf die Existenzverhält-
nisse der Drechslerarbeiter“ sprach. Redner schilderte in
ausführlicher Weise die einzelnen Entwicklungsphasen der
Drechslerindustrie und wies an der Hand eines statistischen
Zahlenmaterials nach, daß mit den maschinell-technischen
Schritten, welche die Produktion heute ganz bedeutend
erleichtern, die wirtschaftliche Lage der Drechsler sich nicht
zum besten gestaltet hat, sondern alles zu wünschen übrig
läßt. Die Hauptursachen der ungenügenden Existenzverhält-
nisse der Drechsler seien nächst den vielen Verarbeitungsver-
hältnissen das Akkordsystem und auch die ungenügenden
Organisationsverhältnisse, welche letztere bisher den Gedanken
an eine Besserstellung der wirtschaftlichen Lage als aus-
sichtslos erscheinen ließe. Viele Mißstände müßten beseitigt
werden, was aber die Mitarbeit aller Kollegen erfordert.
Gesehe dies, so verleihe man erst der Konferenz und dem
eventuellen Beschlüssen den wirklichen Wert. An diese Aus-
führungen schloß sich eine rege Debatte, die in der Haupt-
sache in der eventuellen Einführung der Lohnarbeit in der
einzelnen Drechslerbranchen gipfelte. Man war der Meinung,
daß dieser Punkt wohl der bedeutendste sei, der auf der
Konferenz behandelt werden müßte, und sei es daher (sch-
werdend) entsprechend, wenn auch eventuell ein Gegner der Lohn-
arbeit als Korrespondent bestellt würde. Beschlossen wurde,
dem Hauptvorstand folgende Tagesordnung zur Konferenz
zu empfehlen: 1. Die wirtschaftliche Entwicklung im Drechsler-
gewerbe; 2. Lohn, Akkord oder Tarifarbeit; 3. Organisation
des Berufs. Mit einem Hinweis auf die gegenwärtige Situation
in der Holzindustrie und der Aufgabe, in dieser Zeit auf
die organisierten Arbeiter zu achten, schloß die
Besprechende die Versammlung.

Meißen. In einer stark besuchten Holzarbeiterversam-
lung am 23. März referierte Kollege Wuschmann über die
Aussperrungswut der Unternehmer in der Holz-
industrie. Hierauf wurde nach eingehender Diskussion be-
schlossen, einen Extrabeitrag von 80 Pf. wöchentlich zu
erheben.

Melnsdorf i. Thür. Damit der Deutsche Holzarbeiter-
verband, mit dessen Hilfe auch hiesige Kollegen im vorigen
Jahre eine Lohnzulage und Verkürzung der Arbeitszeit er-
reicht haben, jegrecht und ungeschwächt aus dem Kampf
mit dem Arbeitgeberverband hervorgehe und die Vor-
schläge der Mahardt und Konsorten zurückgewiesen werden,
haben die Kollegen in einer außerordentlichen gut besuchten Ver-
sammlung beschlossen, vom 1. April ab den Beitrag von
50 auf 60 Pf. zu erhöhen, sowie jede Woche und pro
Mitglied 10 Pf. aus der Lokalkasse zu zahlen. Da
man die hiesige Zahlstelle circa 280 Mitglieder zählt, werden
1280 Wochen zu 60 Mk. an die Hauptkasse zur Unterstützung
der Aussperrten abgehen.

Reinhardtsdorf. Am 28. März fand eine gut besuchte Mit-
gliederversammlung statt, die sich mit den gegenwärtigen
Aussperrungen in der Holzindustrie beschäftigte. Am Ende
stand es fest, daß die Aussperrung durchzuführen, wurde beschlossen,
den Extrabeitrag von 50 auf 60 Pf. zu erhöhen. Ein
antrag wurde für den Verband noch viel Arbeit, denn es
gibt Kollegen unter uns, die mit einem Wochenlohn von
6 Mk. angefaßt wurden. Leider steht aber die Mehrheit
der Kollegen dem Verband noch fern, so daß dieser eine
entscheidende Signatur nicht unternehmen kann. Deshalb Kol-
legen, schließt euch alle dem Verband an, damit wir hier einen
Sieg nach vorwärts unternehmen können, und erschein
alle in unseren Versammlungen, die am ersten Sonntag
im Monat die nächste am 18. April in der Bauerei Döblich
Reinhardtsdorf stattfinden. Vorsitzender ist Kollege Sommer,
Nachbarnstr. 14. Kassierer Kollege Jachert, Lutherstr. 6.
Schriftführer Kollege Schönfeld, Wallstr. 4.

Ratzenow. Am 20. März fand hier eine stark besuchte
Mitgliederversammlung statt, in der Kollege Geseke einen
einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über
den Kampf der Arbeitgeberorganisation gegen den Deutschen

Holzarbeiterverband hielt. Auch die Verhältnisse der Maschinenarbeiter streifte der Referent in treffenden Worten, und die Versammlung hat den Kollegen gezeigt, daß die Maschinenarbeiter mehr denn je für die Organisation wirken müssen, um eine den heutigen Bedürfnissen entsprechende Entlohnung durchzuführen, die sie endlich einmal mit den übrigen Holzarbeitern auf die gleiche Stufe stellt. Die Maschinen- und Hilfsarbeiter gehören nämlich am Orte zu den am schlechtesten entlohten Arbeitern, trotz ihres gefährlichen und gesundheitschädlichen Berufs. Wir haben hier am Orte eine große Zahl von Kollegen in den Schneidemühlen und auf den Holzplätzen, die unserer Organisation noch fernstehen. Hier ist es vor allen Dingen Pflicht der organisierten Kollegen und namentlich der Maschinenarbeiter, diese Kollegen für uns zu gewinnen. Die Unternehmer sind hier besser organisiert. Mögen sie allen denjenigen, die es bis heute noch nicht der Mühe für wert gehalten haben, sich zu organisieren, als Beispiel dienen. Auch die Versammlungen müssen besser besucht werden, als es in letzter Zeit häufig der Fall war; man sollte es kaum für möglich halten, daß es Kollegen gibt, die überhaupt in keiner Versammlung zu finden sind. Für die ausgesperrten Kollegen wurden 600 M. aus der Kassa bewilligt; des weiteren wurde beschlossen, vom 1. April ab einen Sozialbeitrag zu erheben, und zwar von Maschinen- und Hilfsarbeitern 10 Pf. pro Woche und von allen übrigen Holzarbeitern 8 Pf.

Schluß. In der Versammlung vom 23. März wurde nach einem Referat des Kollegen Siefeld-Chemnitz beschlossen, aus der Sozialkasse der Hauptkasse 500 M. zu überweisen und die ausgesperrten Kollegen durch Aufbringung freiwilliger Beiträge auch fernerhin zu unterstützen. Die weitere Entscheidung über die Einführung obligatorischer Extrabeiträge soll in der am 9. April im Hotel Zur Wartburg stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung gefaßt werden. Im weiteren beschloß noch die Versammlung, als Tagungsort für die vom Vorstand in Aussicht gestellte Knopfmachertagung Schmölln vorzuschlagen, da es die Metropole der Knopfindustrie Deutschlands und der geographischen Lage nach im Mittelpunkt sämtlicher Industrien dieser Branche gelegen ist. Nachdem noch in bezug der Agitation einige Hinweise gegeben und der Appell an die anwesenden Mitglieder gerichtet wurde, dafür zu sorgen, daß in der nächsten stattfindenden Agitationsversammlung alle Mitglieder zur Stelle sind, wurde die Versammlung geschlossen.

Zusammenfassung. Seit einiger Zeit läßt der Versammlungsbesuch bei uns sehr viel zu wünschen übrig. Man sollte das in der jetzigen schweren Zeit kaum für möglich halten. Es scheint wirklich, als hätten die Kollegen gar noch nicht den richtigen Begriff von der Organisation bekommen. Kollegen, rafft euch auf, feuert die Tränen an, damit auch sie sich wieder als tätige Kollegen betätigen und unsere Organisation in die Lage versetzen, tatkräftig für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse zu wirken. Erscheint zahlreich in den Versammlungen, so auch in der nächsten Versammlung, die am 6. April, abends 8 1/2 Uhr, im Weißen Hof stattfindet.

Unsere Lohnbewegung.

Warnung vor Zugzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Vorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zugzug ist fernzuhalten von:
- Sämtlichen Holzarbeitern nach Berlin, Burg bei Magdeburg, Dresden, Halle a. S., Kiel, Leipzig;
 - Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Meß (Vottringer Baugesellschaft), Mustau (Koch), Treuenbrietzen, Wernigerode (Mehoff);
 - Tischlern, Drechslern, Polierern, Maschinen- und Hilfsarbeitern, Parkettbodenlegern nach Ulbeck;
 - Drechslern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Bernau, Luckenwalde (Spulenfabrik Lange), Urach (A. Kuhn);
 - Werkzeigmachern nach Schönheide,
 - Kistenmachern nach Burgdamm;
 - Vergoldern nach Güteburg (Schweden), Zürich (Firma Thomas & Krannig und M. Herzog);
 - Stickerarbeitern nach Malmb (Schweden);
 - Stellmachern nach Köln a. Rh. (Wagenfabrik Scheele);
 - Kammachern nach Darmstadt (Schlager & West).

Die Aussperrung.

In Berlin ist es den Unternehmern trotz der größten Anstrengungen nicht gelungen, die gewünschte Zahl Arbeitswilliger zu erhalten. Die Inserate in auswärtigen Blättern, in denen 100 Tischler nach Berlin gesucht werden, haben erfreulicherweise keinen Erfolg gehabt. Nur vereinzelt sind fremde Kollegen nach Berlin gekommen. Verschiedene davon sind durch die Streikposten abgehalten worden und ließen sich auch überreden, wieder nach Hause oder einem anderen Orte zu reisen. Fahren die auswärtigen Verbandskollegen so fort, den Zugzug nach den Aussperrungsorten fernzuhalten, so werden die Unternehmer ihre Streikbrecherwerbungen bald einstellen müssen.

Die Zeitung des Arbeiterschutzes hat beschlossen, die Betriebe zu öffnen und Aussperrte wieder einzustellen. Die Firmen, die von diesem Beschluß Gebrauch machen wollen, müssen erst die Zustimmung des Vorstandes einholen. Sie bekommen dann für die anfangenden Leute Scheine, auf denen die Arbeiter unterschreiben müssen, daß sie dem Holzarbeiterverband nicht angehören. Mitglieder des Gewerkevereins oder des Christlichen Holzarbeiterverbandes dürfen beschäftigt werden. Die Betriebe werden regelmäßig kontrolliert und müssen den Kontrollleuten die Unterschriften der beschäftigten Gesellen vorgelegt werden.

Die Meister wandten sich nun vielfach an die Aussperrten und ersuchten sie, die Arbeit aufzunehmen. Ausdrücklich wurde ihnen versprochen, daß sie Mitglied des Verbandes bleiben dürfen. Sie sollten nur zum Schein die Unterschrift leisten, damit den Kontrollleuten ein Ausweis vorgelegt werden kann. Mehrmals wurde sogar versprochen,

als Gegenleistung den Sondervertrag mit dem Holzarbeiterverband zu unterschreiben. Es ist auch vorgekommen, daß Meister eine besondere Bescheinigung ausstellen wollten, daß die von den Gesellen geleistete Unterschrift für ungültig erklärt und ihnen nichts in den Weg gelegt wird, wenn sie Mitglied des Verbandes bleiben. Die Fälle waren so zahlreich, daß die Verwaltung des Verbandes in einer Bekanntmachung die Kollegen warnen mußte, nichts zu unterschreiben und in keinem Betrieb in Arbeit zu treten, wo Kollegen ausgesperrt worden sind.

Am 27. März hielten die Meister eine Versammlung ab, die sich mit der Beschaffung von Geld zur Unterstützung wankelmütiger Meister befaßte. Es wurde beschlossen, bei der Stralauer Genossenschaftsbank ein Darlehen von 200000 M. zu 3 Prozent aufzunehmen. Jeder Meister, der sich in Not befindet, muß sich im Bureau des Arbeitgeberschutzverbandes melden. Sie erhalten Darlehen von 1000, 2000, höchstens 8000 M., aber nicht etwa für gemachte Schulden, sondern für fällige Miete und entgangenen Arbeitsverdienst. Natürlich sichert sich der Vorstand durch Wechsel, damit die Meister nicht mehr umfallen können. Die wohlhabenden Meister sollen den Kampf aus Interesse für die gute Sache führen und keine Unterstützungen beanspruchen.

Die Zahl der Aussperrten und Streikenden betrug am Beginn der zehnten Aussperrungswoche 5501. In dieser Woche kamen 15 hinzu und gehen 348 ab. Am Schluß der Woche bleiben noch 5170, so daß also der gesamte Abgang nun 3728 beträgt. In den Vororten Weipensee, Hitzdorf, Charlottenburg und Neuenhagen sind von 1161, Aussperrten 597 abgegangen und am Schluß der Woche noch 564 vorhanden.

In Burg bei Magdeburg sind die an der Aussperrung beteiligten Arbeitgeber von der Erfolglosigkeit ihres Vorgehens mittlerweile so überzeugt, daß sie jedem, der es hören will, erzählen, daß sie damit den dümmsten Streich in ihrem Leben begangen haben, den Lockungen Mahardts und ihres Vorstehenden Mannich gefolgt zu sein. Freilich, jetzt nützen alle frommen Wünsche um baldige Beendigung der Aussperrung nichts, jetzt heißt es auch für sie, ausharren bis ans Ende, auch wenn dieses Ende wiederum keinen Anlaß zu angenehmen Betrachtungen für sie bietet. — Zugzug ist auch weiter strengstens fernzuhalten.

Aus Dresden liegen bis Redaktionsschluß Nachrichten nicht vor, doch ist aus Zeitungsmeldungen bekannt, daß die Aussperrung am Samstag begonnen hat, wenn auch in beschränkterem Umfang, als vom Schutzverband geplant war.

In Götting soll es bekanntlich nach den Beschüssen der Scharfmacher auch zur Aussperrung kommen. Hier am Ort selbst rechnete man weder auf Seiten der Arbeitgeber noch auf Seiten der Arbeitnehmer mit der Aussperrung. Die Verhandlungen zur Schaffung eines neuen Vertrages waren so weit gediehen, daß das Zustandekommen eines Vertrages in der nächsten Sitzung allseitig mit Sicherheit erwartet wurde. Unser Bevollmächtigter hatte mit dem Vorstehenden des Schutzverbandes bereits über den Termin der Schlußsitzung als auch betreffs der Person des unparteiischen Vorsitzenden zur Schlichtungskommission beraten. Da ging am 19. März vom Schutzverband der Bescheid ein, daß die Verhandlungen auf Grund des Berliner Beschlusses abgebrochen seien. Die Aussperrung soll nun am 1. April eintreten. Die Arbeitgeber haben noch Zeit gehabt, über den Beschluß zu urteilen, den sie bei der durch einzelne Scharfmacher künstlich erzeugten Aufregung gefaßt haben. Selbst im Vorstand des Schutzverbandes konnten sich nicht alle Arbeitgeber dafür erwärmen, ihre Leute auszusperrern, nachdem die Verhandlungen dem Abschluß nahe waren. Mit Worten des Bedauerns haben mehrere Arbeitgeber unseren Kollegen die Entlassung angekündigt. Wir glauben ja recht gern, daß es ihnen leid tut, ohne Grund ihre Leute zu entlassen und die Kundtschaft einzubüßen. Vielleicht haben sie aber dann einmal Gelegenheit, darüber nachzudenken, von welcher Seite wohl am Min des Handwerts gemacht wird. In den Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes liegt es nicht, wenn die Aussperrung mangels Arbeitgeber-Kapazität ausbleibt. Sie waren und sind noch jederzeit bereit, eine friedliche Lösung herbeizuführen. Sie werden aber auch, wenn die Meister den Kampf wollen, denselben mit aller Energie führen.

In Halle a. S. hat es der Schutzverband mit Ach und Krach fertig gebracht, und auch erst, nachdem es ihm am 24. März nach den größten Anstrengungen gelungen war, die Fünnung und den Planofortefabrikanten Mitter vor seinen verfahrenen Karren zu spannen, von den mit so großem Getöse angekündigten 700 Kollegen am 30. März ganze 180 auszusperrern. Diese Zahl wird jedoch erst mit nächster Woche voll erreicht werden, denn vorläufig befinden sich davon noch 88 in Kündigung und in Aktord. Außerdem haben sich aus einem Betrieb, dessen Inhaber erst in letzter Zeit scharfmacherische Anwandlungen bekommen hat, 18 Unorganisierte und 1 Gewerkevereinter mit unseren ausgesperrten Kollegen solidarisch erklärt, und aus einem weiteren Betrieb sind von uns drei Kollegen herausgegangen, so daß mit nächster Woche die Zahl der Aussperrten und Kündigten 182 insgesamt erreichen wird. Von den Mitgliedern des Schutzverbandes haben sich eine ganze Anzahl und gerade die maßgebendsten nicht an der Aussperrung beteiligt. Von denen, die ausgesperrt haben, haben sich die meisten bei unseren Kollegen entschuldigen zu müssen geglaubt, die einen damit, daß sie den Schutzverband verantwortlich machten und mit der Hoffnung auf baldige Beendigung der Aussperrung zu trösten suchten, die anderen, indem sie uns die Schuld beimessen suchten, weil — wir keine Forderung gestellt hätten. Wenn's dem Schutzverband weiter so wie mit dieser allerletzten Maßregel vorbeigehet, dann werden selbst seine dümmsten Mitglieder bald geschiet werden. — Zugzug von Tischlern, Drechslern, Maschinenarbeitern und Polierern in Halle ist aufs strengste von Halle a. S. fernzuhalten.

In Leipzig sind, wie vorausgesehen war, die Vertragsverhandlungen ergebnislos verlaufen. Die erste Verhandlung fand am 4. März statt, in der die Unternehmer wiederholt ihre Friedensliebe beteuerten. Lohnreduktionen seien nicht beabsichtigt, es sollten nur einige „unzeitgemäße“ Punkte aus dem Tarif ausgenommen werden. Die Unternehmer legten denn auch einen von ihnen sorgfältig vorbereiteten Tarifentwurf vor, der aber in der Lohnfrage erhebliche Ver-

schlechterungen vorsah. So sollte der Mindestlohn für Tischler unter 20 Jahren und Ältere, nicht mehr leistungsfähige Kollegen, der bisher 43 Pf. betrug, künftig „der freien Vereinbarung überlassen bleiben“. Für Drechler war ein Mindestlohn von 47 Pf., statt 45 Pf. bisher, vorgesehen, doch kommen dabei nur 5 oder 6 Kollegen in Frage, die zudem schon erheblich höhere Löhne verdienen. Maschinenarbeiter, die jetzt durchschnittlich 50 Pf. verdienen, sollen künftig wie bisher 48 Pf. Mindestlohn erhalten, doch sollen künftig als Maschinenarbeiter nur jene Kollegen gelten, die mindestens drei Maschinen bedienen, Messer schleifen und einzusetzen usw. in der Lage sind. Alle anderen Kollegen gelten künftig als Hilfsarbeiter, deren Lohn der freien Vereinbarung unterliegt. Dabei hat der bisherige Vertrag mit seiner kurzen prägnanten Fassung zu beschwerden keinerlei Anlaß geben. Jetzt will man alles verkomplizieren, zum Schaden des Arbeiters. Wesentliche Verschlechterungen enthält auch Punkt 4 und 7 des Vertragsentwurfs, wobei man sogar auf den 1896er Tarif zurückgegriffen hat. Bei den Spezialtarifen sind Vorschläge in keiner Weise vorgesehen, doch wurde in den Verhandlungen viel von dem „Wohltun“ der Unternehmer geredet. Verschlechterungen enthält auch Punkt 8 des Entwurfs. Nach Punkt 11 sollen bei Akkordarbeit die pro Woche zu leistenden Abschlagszahlungen ganz im Belieben des Unternehmers stehen, während bisher der vereinbarte Stundenlohn zu zahlen war. Hierbei wurde betont, diese Verschlechterung geschehe auf besonderen Wunsch der Berliner Leitung des Schutzverbandes. Auch habe man mit der Berliner Leitung wegen Festsetzung der Minimallohne einen schweren Kampf gehabt. — Die Kollegen protestierten natürlich in einer am 11. März stattgefundenen Versammlung entschieden gegen diesen Vertragsentwurf wie gegen die ganze Pressehebe der Unternehmer gegen den Holzarbeiterverband. Ebenfalls haben sechs Branchenversammlungen den von den Unternehmern angebotenen Vertrag abgelehnt. Spätere Verhandlungen scheiterten infolge der Halsstarrigkeit der Unternehmer, die jede Verbesserung des von ihnen vorgelegten Vertragsentwurfes ablehnten. Die Unternehmer wollten ja zunächst gar keinen Vertrag, sie wollten die Aussperrung, die sie denn auch am 26. März beschlossen haben.

Am 30. März ist die Aussperrung perfekt geworden, doch sind, soweit bis jetzt bekannt, nur 500 Kollegen von ihr betroffen. Diese Zahl dürfte sich in den nächsten Tagen aber noch erhöhen.

In Barmen hat trotz des Beschlusses des Arbeiterschutzes, sämtliche organisierte Gesellen auszusperrern, der Kampf weitere Dimensionen bisher nicht angenommen; kaum 50 Kollegen sind von insgesamt angeblich über 100 dem Schutzverband angehörenden Meistern ausgesperrt worden. In derselben Weise wird der weitere Beschluß, im Streik befindliche oder ausgesperrte Kollegen nicht einzustellen, von den Herrn respektiert. Durch die bürgerlichen Zeitungen Barmens offenbaren die Herren Arbeitgeber der Mitteln, daß in noch 230 Betrieben mit 450 beschäftigten Gehilfen zu den alten Bedingungen gearbeitet würde; in Wirklichkeit sind es noch nicht einmal 100 für die Bewegung in Betracht kommende Kollegen, welche noch in Arbeit stehen, und unter diesen dürfte inzwischen eine gewaltige Lücke entstanden sein, so daß die Herren Meister, sofern sie der Arbeit noch nicht entzogen sind, selbst wieder zum Fabel zu greifen gezwungen sein werden. Sollten sich die Arbeitgeber nicht recht schnell zum Friedensschluß bewegen fühlen, so werden sie damit zu rechnen haben, ihre alten eingearbeiteten Arbeitskräfte nicht wieder zu bekommen, da die Zahl der am Kampfe beteiligten heute schon fast auf den vierten Teil zusammengeschrumpft ist, und tagtäglich laufen weitere Arbeitergesuche aus den umliegenden Orten ein. Auch dieses ist ein Beweis dafür, daß der Aussperrungsbeschluß des Schutzverbandes ein Schlag ins Wasser ist. Auch die „Schwarze Liste“ mit 168 darauf verzeichneten Kollegen, welche der Schutzverband herausgegeben hat, dürfte ihre Wirkung verfehlen. Mehrere Meister haben neuerdings gleichfalls die Forderungen wieder bewilligt. Die im Kampfe befindlichen Kollegen sehen der Zukunft mit rotem Mute entgegen. Zugzug ist fernzuhalten.

In Nürnberg ist die Abwehrbewegung der Würsten- und Fäuselmacher bei der Firma Gebrüder Regensteiner erfolgreich beendet. Die Firma hatte durch Verschlebung der Sorten eine Reduzierung der Akkordpreise für verschiedene Arbeiten um 10 bis 18 Prozent vornehmen wollen, bei einer Sorte sollte der Abzug sogar 30% Prozent betragen. Da mehrere Verhandlungen ergebnislos verlaufen waren, richteten sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen die Kündigung ein. Nunmehr hat der Firmeninhaber selbst Verhandlungen an. Bei diesen wurde die Beibehaltung der alten Preise vereinbart, auch für die bereits vollzogenen Abzüge wurde Ersatz zugesagt. Bei der Einführung neuer Sorten, sowie bei einer Änderung der Arbeitsmethode soll künftig die Preisfestsetzung im Einverständnis mit den Arbeitern erfolgen. Die Kündigung wurde hierauf in beiderseitigem Einverständnis zurückgezogen.

Ausland.

In Aussdorf bei Halle in Böhmen sind bei der Firma Julius Danische Differenzen ausgebrochen. Es wird gebeten, den Zugzug von Vergoldern, Tischlern und Maschinenarbeitern fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

Wer terrorisiert?

Die Hamburger Tischlerinnung beschäftigte sich in einer Versammlung unter dem Vorsitz des Obermeisters Augenstein mit der Einführung der Streik- und Sperrklausel. Über diese Versammlung berichtet das „Hamburger Echo“: Der Obermeister teilte mit, daß der Senat sich zur Einführung der Streik- und Sperrklausel bei Vergabung öffentlicher Arbeiten bereit erklärt hat, ein gleiches hat der Architekten- und Ingenieurverein getan. Es wird nun darauf hingewirkt, daß die Sperr- und Streik Klausel auch bei Lieferungsverträgen mit Privatpersonen eingeführt werde. Ein großer Teil der Mitglieder der am Bau-

gewerbe beteiligten Innungen, Vereine und Betriebe habe sich bereits dafür entschieden, daß auch bei Lieferungsverträgen mit Privatpersonen die Sperre- und Streik Klausel eingefügt werden soll. Bei der hier gehaltenen Umfrage habe sich die Detailistenkammer dagegen erklärt, mit der Motivierung, daß seitens der Detailisten ein Streik nicht gern gesehen werde. In der Debatte wurde bemerkt, die Klausel sollte nicht nur bei Lieferungsverträgen für Bauarbeit, sondern auch in der Möbelbranche eingeführt werden. Die Versammlung nahm nachstehende Resolution an: „Die Innung beschließt, die Sperre- und Streik Klausel mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zur Durchführung zu bringen und beschließt des ferneren, Mitglieder, die ohne Sperre- und Streik Klausel offerieren, mit Geldstrafen bis zu 20 Mk. für jeden einzelnen Fall zu bedrohen, wie auch des ferneren das betreffende Mitglied weitgehendst zu boykottieren.“

Die Streik- und Sperre Klausel ist bekanntlich ein Mittel, um die wirtschaftliche Übermacht der Untertnehmer gegenüber den Arbeitern zu stärken. Wie sich der in dem Beschluß liegende Zwang zur Durchführung der Klausel mit der durch das Gesetz vorgeschriebenen Aufgabe der Innungen der „Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen“ verträglich, ist schwer zu begreifen. Ebensovienig läßt sich der Beschluß mit dem § 88 der Gewerbeordnung in Einklang bringen, der ausdrücklich besagt, daß den Innungsmitgliedern die Verpflichtung zu Handlungen oder Unterlassungen, welche mit den Aufgaben der Innung in keiner Verbindung stehen, nicht auferlegt werden darf. Von den Innungsmännern kann man natürlich nicht erwarten, daß sie die Gesetze kennen, vielleicht bringt sie aber noch die Aufsichtsbehörde auf die Sprünge.

Wichtiger noch für die Beurteilung des fraglichen Beschlusses ist aber der § 183 der Gewerbeordnung, nach welchem diejenigen, welche an dem Zustandekommen desselben beteiligt sind, Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten verwirkt haben. Die hiesigen Innungsmeister in Hamburg lassen sich jedoch deswegen keine grauen Haare wachsen; sie wissen, daß es noch Richter in Deutschland gibt, und daß der Grundsatz: „Wenn zwei daselbe tun, dann ist es nicht daselbe“ gerade bei der Beurteilung von Vergehen gegen § 183 der Gewerbeordnung seine schönsten Triumphe feiert. Eine Preisfrage für unsere Juristen wäre es vielleicht, zu berechnen, welche Strafen gegen die Mitglieder einer Gewerkschaft ausgesprochen würden, die es wagen wollten, die Jurisdiktionen gegen Beschlüsse in Fragen des gewerkschaftlichen Kampfes mit Geldstrafen und weitgehendstem Boykott zu bedrohen. Nicht nur die Gerichte würden einschreiten, in der ganzen „gut gestimmten“ Presse würde ein Entrüstungsturm losbrechen ob des ungläublichen Terrorismus, der sich in den Gewerkschaften breit macht. Über den terroristischen Beschluß der Hamburger Innungsstrauer kräht kein Hahn, denn: Wenn zwei daselbe tun, dann ist es nicht daselbe!

Kinder an den Holzbearbeitungsmaschinen. In einer Holzwarenfabrik in Blumenau in Sachsen verlor, wie die Presse berichtet, ein neunjähriger Knabe mehrere Finger an der Hobelmaschine. Man sollte es nicht für möglich halten, daß Kinder in so zartem Alter ihre Glieder dem Kapital opfern müssen. Aus der Nachricht geht nicht hervor, ob der Knabe zur Bedienung der Maschine von dem Unternehmer angestellt war oder ob er etwa unbefugt den Maschinenraum betreten hat, in jedem Fall hat aber der Unternehmer eine schwere Schuld auf sich geladen. Anscheinend liegt der erste Fall vor, denn trotz des bestehenden Verbots und trotz der damit verbundenen Gefahr kommt es immer noch vor, daß profitwütige Unternehmer statt gelibter Arbeiter nicht nur unerfahrene Personen, sondern sogar Kinder an die gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen stellen. Wenn derartige Fälle entdeckt werden, dann tritt unter Umständen eine Bestrafung des schuldigen Unternehmers ein. Die Strafen sind aber in der Regel so mild, daß sie nicht abschreckend wirken. Auch die Hoffnung, daß bei der geringen Zahl von Gewerbeaufsichtsbeamten die gesetzliche Bestrafung ungeeigneter Personen nicht entdeckt wird, bildet einen Anreiz zur Vermehrung des Profits auf Kosten der Gesundheit Unmündiger. — In Bezug auf die Durchführung eines durchgreifenden Arbeiterschutzes bleibt uns noch viel zu tun übrig.

Berliner Holzkontor, Akt.-Ges. in Berlin. Der Geschäftsgang im vorigen Jahre wird im Rechenschaftsbericht für 1906 als im allgemeinen zufriedenstellend bezeichnet. Die Oberberger Werke hatten gut zu tun, und deren gewinnbringende Beschäftigung sei auch für das laufende Jahr bereits gesichert. Das Ausfuhrgeschäft über Danzig und Memel hat ebenfalls befriedigend gearbeitet. Nur das Berliner Maßgeschäft hat nicht allen Erwartungen entsprochen, da infolge des teuren Geldstandes die Bautätigkeit in der zweiten Hälfte des Jahres stark nachließ und gegen dessen Schluß fast ganz stockte. Nach 205977 (190006) Mk. Umschreibungen verblieb ein Reingewinn von 481820 (376069) Mk., wovon der Unterklasse 9012 (6992) Mk. überwiesen, 6 Prozent (5 Prozent) Dividende auf 6 Millionen Mark Grundkapital sowie 58606 (38367) Mk. Gewinnanteile verteilt und 58701 (30708) Mk. vorgetragen werden. Die Aussichten für das laufende Jahr werden als gut bezeichnet. Wenn nicht besondere Schwierigkeiten eintreten, so glaubt der Vorstand, auch für das laufende Jahr ein ebenso gutes Ergebnis voraussagen zu können.

Gewerkschaftliches.

Christlicher Terrorismuschwindel.

Anlässlich der Gewerbegerichtswahl in Ingolstadt haben gegen Ende des vorigen Jahres die dortigen christlichen Gewerkschaften eine ihrer bekanntesten schauderhaften Terroris-

musgeschichten in die Welt gesetzt, um Stimmung für die angeblich so schwer bedrängte christliche Unschuld zu machen. In der „Ingolstädter Zeitung“ erschien zuerst die graue Moritat von den bösen „sozialdemokratischen Gewerkschaftern“, welche auf einem Neubau, an welchem christliche Gewerkschafter arbeiteten, die Gerüststangen durchschnitten hätten, um dadurch den Christlichen zu einem Sturze in die Tiefe zu verhelfen. Diese Notiz machte die Runde durch die ganze christliche Presse, und alle Welt nahm mit Entrüstung Notiz von der Verworfenheit der bösen Sozialdemokraten. Bekanntlich begegnet man derartigen Räubergeschichten öfters in der christlichen und in der vom Reichsverband der christlichen Presse, aber gewöhnlich sind die näheren Umstände des Falles mit Vorbedacht so unbestimmt bezeichnet, daß es nicht möglich ist, die Lügenhaftigkeit der Berichte nachzuweisen. Im vorliegenden Falle hatte man jedoch die in solchen Dingen sonst geübte Vorsicht aus dem Auge lassen, und so war es möglich, den phantasieliebhabenden Erfinder der Geschichte vor Gericht zu laden. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht Ingolstadt mußte sich der der Beleidigung angeklagte Redakteur und Verleger der „Ingolstädter Zeitung“, August Baumer, nachdem ihm die Unhaltbarkeit seiner Anschuldigung zweifellos nachgewiesen war, zu folgendem Vergleich bequemen: „Redakteur Baumer nimmt die aufgestellten Behauptungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück, übernimmt sämtliche Kosten des Verfahrens, einschließlich der den Privatklägern erwachsenen Auslagen, sowie der durch die Publikation dieses Vergleichs in den beiden hiesigen Tagesblättern erwachsenden Kosten.“ Die beleidigten Mitglieder des Maurerverbandes, denen es nur um die Aufhellung des Sachverhaltes, nicht aber um die Bestrafung des Missetäters zu tun war, zogen hierauf ihren Strafantrag zurück.

Wir geben uns nicht der Hoffnung hin, daß die Gegner der Gewerkschaften nach solchen Erfahrungen die Erfindung und Verbreitung von Terrorismusgeschichten aufgeben werden; trotzdem ist ein Prozeß wie dieser recht nützlich, denn er lehrt, wie man derartige Geschichten einzuschätzen hat.

So wie es dem Ingolstädter Zentrumsredakteur erging, ist es in letzter Woche drei anderen Christenführern in Göttingen und in Offen ergangen, die sozialdemokratische Gewerkschaftsführer verleumdet hatten und jetzt, vor Gericht zitiert, sich nur durch Abgabe von Ehrenerklärungen für ihre sozialdemokratischen Gegner vor Strafe wegen Verleumdung retten konnten. Man denke, vier Ehrenerklärungen christlicher Gewerkschaftsführer zugunsten von ihnen verleumdeter sozialdemokratischer Gewerkschafter in einer Woche: Das zeigt uns am besten den moralischen Tiefstand der christlichen Bewegung.

Der Bäckerverband hielt seinen Verbandstag vom 10. bis 13. März in Cassel. Aus dem Bericht des Vorstandes geht hervor, daß die Verhandlungen mit dem Verband der Konditoren betreffend Verschmelzung der beiden Organisationen so weit gediehen sind, daß der Übertritt am 1. Juli d. J. erfolgen kann. Vorher findet über diese Frage noch eine Abstimmung im Konditorenverband statt. In der Diskussion wurde von verschiedenen Rednern auf die Gründung von gelben Gewerkschaften hingewiesen, die vom Verband auf das entschiedenste bekämpft werden müssen. In einer längeren Resolution erklärt sich der Verbandstag gegen den Kost- und Logiszwang. Ein Mindestlohn ist anzustreben, dagegen sind Klassenlöhne mit unverhältnismäßigen Unterschieden zwischen verantwortlichen und jüngeren Kollegen und noch mehr die Klassifizierung der verschiedenen Ränge ein nach ihrer Größe in verschiedene Lohnklassen zu vermeiden. Die Festlegung der Schichtarbeit ist dringend notwendig, doch ist der Verbandstag überzeugt, daß sich diese Forderung nur auf gesetzlichem Wege verwirklichen läßt. Ein vom Verbandsvorstand vorgelegter Entwurf zum Tarifvertrag mit den Konsum- und Genossenschaftsbäckereien wurde mit einigen Änderungen gutgeheißen. Beschlossen wurde, die Karenzzeit zum Bezug der Krankenunterstützung von drei auf ein Jahr herabzusetzen und den weiblichen Mitgliedern im Falle der Niederkunft Krankenunterstützung zu gewähren. Neu eingeführt wurde die Umzugsunterstützung. An Stelle des auszuhebenden Zentralarbeitsnachweises sollen Bezirksarbeitsnachweise eingerichtet werden. Zu den von der Generalkommission eingerichteten Unterrichtsreisen soll der Vorstand zunächst drei Angestellte entsenden. Der Sitz des Verbandes bleibt in Hamburg. Die feitherigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt und das Bureaupersonal um zwei Angestellte vermehrt.

Im Brauereiarbeiterverband wurde an Stelle des kürzlich verstorbenen Genossen Bauer durch Urabstimmung der Genosse Martin Ebel in Hamburg zum Vorsitzenden gewählt.

Der Gärtnerverband hat im Jahre 1906 in 591 Betrieben in 28 Orten mit 8184 beschäftigten Gärtnern Lohnforderungen gestellt. Ohne Arbeitseinstellungen wurden die Forderungen in 287 Betrieben mit 1810 Beschäftigten bewilligt. An Angriffstreiks wurden 9 geführt, die sich auf 12 Orte und 304 Betriebe mit 1874 Beschäftigten erstreckten. Bei diesen Lohnbewegungen und Streiks wurden neben anderen Errungenschaften für 758 Beteiligte eine Arbeitszeitverkürzung von 1515 Stunden, für 2732 Beteiligte eine Lohnverhöhung von 5960 Mk. pro Woche erzielt. Die Kosten der Bewegungen belaufen sich auf 6659 Mk.

Der Handels- und Transportarbeiterverband hatte am Jahreschluß 1906 81784 Mitglieder gegen 50654 Ende 1905. Das ist im Jahre 1906 eine Mitgliederzunahme um 31130 oder 61,4 Prozent.

Der Lederarbeiterverband beschloß das Jahr 1906 mit 7952 Mitgliedern, er hatte somit im Vorjahr eine Mitgliederzunahme um 1180. Das Vermögen der Hauptkasse stieg von 36692 Mk. auf 56166 Mk.

Der Lithographenverband (Senesfelderbund) erhöhte im Jahre 1906 seine Mitgliederzahl von 13094 auf 15798, also um 2704.

Der Maurerverband hat sich auch im Jahre 1906 günstig entwickelt. Seine Mitgliederzahl stieg von 1887 auf 188747, also um 25087. Das Vermögen der Hauptkasse ist seit 1905 um 606764,19 Mk. auf 2414820,88 Mk. gestiegen. Dazu kommt das Vermögen der örtlichen Kassen betragsmäßig um 1060601,59 Mk. und der Gattungen im Betrage von 89249,37 Mk. Das Gesamtvermögen hat sonach dritte Million überschritten. Die gesamten Einnahmen trugen im Jahre 1906 3825597 Mk., die gesamten Ausgaben 2959344 Mk., davon für die Zeitung 206152 Mk., für Station 129046 Mk., für Unterrichtskurse 10420 Mk., Streikunterstützung 1198696 Mk., für Gemahregelungen 11850 Mk., für Rechtschutz 60758 Mk., für Krankenunterstützung 18603 Mk., für Krankenunterstützung 166989 Mk. für Sterbeunterstützung 68655 Mk.

Der Müllerverband steigerte im letzten Jahre die Mitgliederzahl von 4208 auf 4888, also um 680.

Der Schiffszimmererverband schloß das Jahr 1906 mit 8615 Mitgliedern ab, das bedeutet im Jahre 1906 eine Mitgliederzunahme um 642. Das Verbandsvermögen stieg von 55280 Mk. auf 77289 Mk.

Der Schmiedeverband führte im letzten Jahre 88 Orten und in 488 Betrieben Lohnkämpfe, für 1996 Personen gelang es, die Lohnforderungen ohne Kampf durchzuführen, an Abwehrstreiks waren 304, an Aussperrungen an Angriffstreiks 1435 Kollegen beteiligt. Unter anderem wurde für 1800 Kollegen die Arbeitszeit um 8321 Stunden pro Woche verkürzt, Lohnverhöhungen wurden erreicht 2554 Kollegen 6148 Mk. pro Woche. Vorausgab wurden für Lohnbewegungen und Streiks insgesamt 159218 Mk.

In Bielefeld gelang es im letzten Jahre ausweislich des soeben erschienenen Kartellberichtes, die Mitgliederzahl der Gewerkschaften von 11480 auf 14033, also um 2803 zu erhöhen.

In Düsseldorf stieg im letzten Jahre die Mitgliederzahl der Gewerkschaften von 9465 auf 13582, also um 4117.

In Zürich hatten die Gewerkschaften ausweislich des eben erschienenen Kartellberichtes Ende 1906 8276 Mitglieder gegen 7327 Ende 1905, das bedeutet im Jahre 1906 eine Mitgliederzunahme um 949.

Eine internationale Konferenz der Gemeindeführer findet anlässlich des internationalen Sozialistenkongresses vom 25. bis 27. August des Jahres in Stuttgart statt.

Soziale Rechtspflege.

Jahresarbeitsverdienst „gleichartiger“ Arbeiter

Das Gewerbeunfallversicherungsgesetz bestimmt (§ 1) daß Verletzten, die vor dem Unfall nicht ein volles Jahresverdienst erlangt haben, die Rente derjenige Jahresverdienst zugrunde zu legen ist, welchen während dieses Zeitraumes sicherte Personen derselben Art in demselben Betrieb benachbarten gleichartigen Betrieben bezogen haben. Der Holzarbeiter hat deshalb auf diese Frage sehr zu acht wie nachstehende Entscheidung zeigt. Die Berufsgenossenschaften wollen nun überschlägig gewöhnlich keinen Unterschied zwischen Modell- und Maschinenschreibern machen, nehmen dann gewöhnlich den niedrigsten Arbeitsverdienst. Der Maschinenschreiber B. war in einer Fabrik zu Frankfurt mehrere Wochen erst tätig, als er einen schweren Unfall erlitt. Die Berufsgenossenschaft nahm den Jahresverdienst des schlecht gelohnten Modellschreibers der Firma mit 1158 Mk. an und gewährte dem Verletzten nach diesem Betrag die Rente. Dagegen legte der Verletzte Berufung ein und behauptete, daß ein Modellschreiber Sinne des Gesetzes kein gleichartiger Arbeiter sei. Modellschreiber hätten einen Stundenlohn von 46 Pf. gleich 4,70 Mk. pro Tag, so daß seiner Rente ein Jahresverdienst von 1350 Mk. zugrunde zu legen sei.

Das Schiedsgericht machte sich die Sache leicht und hätte in dem obenstehenden Urteil: „Da bekanntermaßen Modellschreiber vermöge seiner höheren handwerklichen Ausbildung und Fähigkeit in der Arbeit qualitativ einem Maschinenschreiber unbedingt vorgeht und somit auch besser gelohnt wird, ist die Rente um so weniger gerechtfertigt.“

Daß aber der in Frage kommende Modellschreiber ein so niedriger Lohn hatte, daß alle am Orte beschäftigten Maschinenschreiber viel besser gelohnt werden, über das Schiedsgericht vollständig! Etwas näher ging das Reichsversicherungsamt auf diese wichtige Frage ein und erhöhte den Jahresverdienst auf 1200 Mk. In der interessanten Begründung heißt es unter anderem: „Mit Recht sieht der Kläger, daß der Jahresverdienst des Modellschreibers A. der Berechnung zugrunde gelegt worden ist. Denn wie der Vertreter der Firma S. selbst erklärt hat, können Modellschreiber nicht als gleichartige Arbeiter betrachtet werden, da erstere eine größere handwerkliche Fertigkeit besitzen und mehr selbstständig arbeiten, während die letzteren mehr mechanisch auf die Bedienung der Maschinen zu achten haben. Der Umstand allein, daß der Verletzte den Jahresverdienst des A. dem des Verletzten am meisten vorgeht, berechtigt nicht zur Heranziehung des Jahresverdienstes. Da der Verletzte des Modellschreibers nicht hat zugrunde gelegt werden können, weil es sich um einen höher gelohnten Arbeiter handelt, und da andererseits ein Jahr vor dem Unfall im Betrieb beschäftigte Maschinenschreiber nicht vorhanden gewesen sind, so ist gemäß § 10 Absatz 3 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes der Lohn ermittelt werden müssen, den während dieses Zeitraumes versicherte Personen derselben Art in benachbarten gleichartigen Betrieben bezogen haben. Dies ist sowohl der Berufsgenossenschaft wie vom Schiedsgericht übersehen worden. (!) Nach der Auskunft des Polizeipräsidenten Frankfurt vom 5. Oktober 1906 verdienen Maschinenschreiber von Art des Verletzten mit Rücksicht auf das gleiche Alter die gleichartige Beschäftigung und die annähernde Gleichartigkeit der erzielten Leistungen bei den Arbeiterfabri-

werten Kleyer durchschnittlich bei zehnstündiger Arbeitszeit einen Tagelohn von — 4,18 M. und in den Betrieben von Bachmeyer einen solchen von 4,00 M. (1) Das Reichsgericht hat den letztgedachten Lohn der Rentenberechnung des Klägers als seinen Verhältnissen am meisten entsprechend zugrunde gelegt, da der Kläger ausweislich der Lohnaufweisung an verschiedenen Tagen einen Lohn von 4 M. erreicht hat, wenngleich sein durchschnittlicher Lohn nicht höher als 3,69 M. war.

Die Behauptung des Klägers, daß er Anfangslohn hatte, einen höheren Lohn hätte erreichen können, ist unbeachtlich, da der Jahresarbeitsverdienst nur nach den Verhältnissen im letzten Jahre vor dem Unfall und nicht mit Rücksicht auf die Erwartungen der Zukunft zu berechnen sei.

Soweit das interessante Urteil, welches auch gleichzeitig die Lohnverhältnisse unserer Kollegen in den „stolzen“ Firmen wie G. Kleyer, Bachmeyer beleuchtet! Bei einer Arbeitszeit von zehn Stunden 4 bis 4,18 M. Tagesverdienst für Maschinenschreiner und 10 bis 15 Prozent Dividende!

Eingefandt.

Zur Agitation unter den Birkenmachern.

Unter dieser Stichmarke übt der Kollege Schmalbach von Berlin in Nr. 11 der „Holzarbeiter-Zeitung“ Kritik an dem Bericht der Zentralkommission der Birkenmacher. „Es ist leider herzlich wenig, was dort berichtet wird,“ schreibt er. Gewiß, es ist wenig, aber daran ist nicht die Kommission, sondern diejenigen Kollegen schuld, welche in dieser Beziehung es an der gewissenhaften Ausfüllung der Fragebogen haben fehlen lassen. Wenn der Kollege Schmalbach glaubt, mich auf einiges aufmerksam machen zu müssen, so bin ich ihm sehr dankbar, man sieht wenigstens, daß es einen Kollegen gibt, der in dieser Beziehung die Zentralkommission unterstützt. Leider kann man dies im allgemeinen von unseren Berufscollegen nicht sagen, darum ist der Bericht auch so dürftig ausgefallen.

Weiter macht der Kollege aufmerksam auf den in Nürnberg auf der Konferenz gestellten Antrag, welchem auch der Kollege Leipart vom Hauptvorstand zugestimmt hat, daß Berufscollegen zur Agitation herangezogen werden sollen. In diesem Falle möchte ich hier auf die Ausführungen des Kollegen Leipart (siehe Seite 45 des Protokolls) hinweisen, welcher bemerkt, daß in allen Fragen die Zentralkommission von der Zustimmung des Hauptvorstandes abhängig ist. Da schon verschiedene Zuschriften an uns gelangt sind betreffs Zuweisung von Referenten aus Berufsstreifen, möchte ich gleich

an dieser Stelle bemerken, daß nach einer Zuschrift des Hauptvorstandes, welchem wir diese Angelegenheit unterbreitet haben, die Zuweisung nur durch die Gauvorstände erfolgen soll. Die Kollegen müssen sich also wegen eines Referenten stets an ihren Gauvorstand wenden.

Was die weiteren Anregungen des Kollegen Schmalbach anbetrifft, so möchte ich nur bemerken, daß eine Sitzung der Kommission sich mit der Frage der Agitation und Organisation bereits beschäftigt und dem Hauptvorstand diesbezügliche Anträge unterbreitet hat.

Wenn nun noch in dem Artikel behauptet wird, daß es die Zentralkommission im vorigen Jahre „an allem hat fehlen lassen“, so kann man wohl solche vage Behauptungen, wenn man keine Kenntnis davon hat, wie eine Körperschaft, die Zentralkommission, von den Kollegen nicht unterstützt wird, zurückweisen. Gerade hier hätte der Artikelschreiber etwas vorsichtiger sein sollen, nachdem er selbst eingangs seines Artikels zugegeben hat, daß er von den Kollegen in unserer Branche nicht genügend unterstützt wurde.

Was den weiteren Wunsch betrifft, die Zentralkommission möge in diesem Jahre „etwas mehr von sich hören lassen“, so werden wir, wenn unsere Anträge vom Hauptvorstand zustimmend beschieden und die Vorarbeiten erledigt sind, auch energisch in die Agitation und Organisation eingreifen, und möchten wir dann nur wünschen, daß uns die Kollegen Deutschlands wirksamer unterstützen, damit auch unsere Arbeit von Erfolg begleitet ist und wir den Kollegen im nächsten Jahre einen „besseren Bericht“ liefern können.

Wir werden auch nicht verfehlen, an den Hauptvorstand diejenigen Anträge zu stellen, welche geeignet sind, der Agitation und Organisation förderlich zu sein.

Die Zentralkommission. J. U. K. Gutzler.

Literarisches.

Die Sozialdemokratie und die Wahlen zum deutschen Reichstag. Unter diesem Titel erschien soeben im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, eine vergleichende Statistik der Ergebnisse der Reichstagswahlen des Jahres 1903 und 1907. Die Broschüre wird eingeleitet durch einen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen seit 1871. Sie enthält ferner: Ein Verzeichnis aller Wahlkreise, die zurzeit sozialdemokratisch vertreten sind oder schon einmal sozialdemokratisch vertreten waren; die sozialdemokratischen Abgeordneten und ihre Wahlkreise; biographische Notizen über die früheren und jetzigen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten.

Das Werkchen ist jedem Kollegen, der sich für das politische Leben interessiert, zur Anschaffung zu empfehlen.

Briefkasten.

Sangerhausen. D. S. Wir bitten um genaue Angabe Deiner Adresse.

An unsere Korrespondenten. Wir müssen wiederholt darauf hinweisen, daß wir außerstande sind, größere Einsendungen, die erst Montag oder gar erst Dienstag bei uns einlaufen, in der in der betreffenden Woche erscheinenden Nummer zu veröffentlichen. Dienstagmorgen 9 Uhr ist Redaktionsluß, das bedingt, daß wir am Dienstag überhaupt nur noch kurze Notizen, am Dienstag auch nur nicht zu lange Einsendungen, die auf die Lohnbewegung Bezug haben, aufnehmen können. Das wird viel zu wenig beachtet, und die Folge davon ist viel Schere und Ärger für die Redaktion. Am letzten Montag sind beispielsweise so viele und umfangreiche Einsendungen bei uns eingetroffen, daß wir damit allein mehr als eine halbe Zeitung füllen könnten. Und alle diese Einsendungen sollen in dieser Nummer, und auch noch unverkürzt, veröffentlicht werden. Das können wir nun einmal nicht, weil der Raum der Zeitung und die berechtigten Wünsche der Druckerei und Beschränkungen auferlegen. Wir bitten, das künftig beachten zu wollen.



Dringend
 erfuchen wir die Abonnenten des
:: Fachblatt für Holzarbeiter ::
 die rückständigen Bestellungen für das zweite
 Vierteljahr möglichst rasch bei den Ver-
 waltungsstellen unseres Verbandes
 oder bei den Postanstalten zu
 machen, damit das pünkt-
 liche Eintreffen der
 Zeitschrift vom
 15. April ab
 gesichert
 ist.

Adressen der Sektionen.

Nachstehend veröffentlichen wir wieder die Adressen der Sektionsleiter, wie sie aus den Zahlstellen an uns berichtet wurden. Etwa fehlende Adressen bitten wir zu ergänzen, damit sie eventuell in einem Nachtrag veröffentlicht werden können.
 Der Verbandsvorstand.

Birkenmacher:

Arnstadt, Adolf Zeidel, Schulgasse 5; Berlin, Richard Schmalbach, Bauherplatz 1; Dresden, Artur Meger, Misaerstr. 44; Duisburg, Friedrich Köbinger, Mühlheimerstr. 123 II; Ebersfeld-Warmen, Peter Reimann, Ebersfeld, Bachstr. 27; Frankfurt a. M., Karl Hütner, Offenbach a. M., Lubowigstr. 87, Hof 1; Glückstadt, Paul Richter, Dannedelstr. 4; Hamburg, J. S. Schütt, Poolstr. 1k, Altona; Kiel, R. Paulisch, Neue Reihe 14; Köln, Wilhelm Wiegels, Kl. Griechenmarkt 74; Landau, Johann Eitel, Kramstraße; Lübeck, Schnack, Waisenhofstr. 4; Mainz, Gerh. Kremer, Gaustr. 53; München, Wolfgang Fobst, Lothringerstr. 4 II L; Neustadt a. Misch, Konrad Steger, Wilhelmstraße; Nürnberg, Jakob Kern, Wiltensstraße 19; Offenbach, Franz Harl, Gymnasiumstr. 14; Pforzheim, G. Hioi, Rudolfstr. 16; Ravensburg, Johannes Kaspar, Hohlbeimstr. 22; Stettin, Friedr. Spät, Heinrichstr. 2, Hof 1; Straßburg, Laurent Meyer, Schloßergasse 21; Wittenberge, Max Parieß, Kaiser Wilhelmstr. 44.

Drechsler:

Angermünde, Gustav Holzmann, Berlinstr. 52; Berlin, Aug. Pottloch, Gerichtsstr. 21; Bielefeld, Karl Herzog, Heinrichstr. 11; Bremen, G. Möllering, Bugteuhuderstr. 8; Breslau, Silvester Parzina, Neue Gasse 88; Burg bei Magdeburg, Paul Mehl, Kolonnenstr. 69; Cassel, Emil Scherber, Weisenburgerstr. 5; Chemnitz, Anton Reichl, Turnstr. 25 II; Dresden, Oskar Fröhlich, Zietenstr. 11; Ebersfeld-Warmen, Julius Brand, Warmen, Westfotterstraße 62; Frankfurt a. D., Richard Gräß, Junferstr. 20; Gera, Alfred Schilling, Waldstr. 47 p.; Görlitz, Paul Böllner, Büttnerstr. 18; Halle, Max Rufum, Gr. Gosenstr. 14; Hamburg, Otto Fesselbarth, Nehmstr. 14 II; Hannover, Fritz Liebing, Engelhofelderam 7 a III; Königsberg, Gustav Altmann, Sack Mittelgasse 10 a III; Landsberg a. W., Wefer, Jakob Müller, Wolkestr. 16; Langensöls, Paul Liebig, Mittel-Langensöls; Leipzig, Paul Kitzing, S.-Neudnitz, Alleenstr. 21 p.; Lübeck, Wihl. Schwab, Bülowstraße 1; München, Pefatsch, Baaderstr. 10 III Rückg.; Münster, Walter Weikowstr., Karlsruh. 14; Neustadt a. Misch, Friedr. Weber, Würzburgerstraße; Nürnberg, Andreas Münch, Wollprechtstr. 17/0; Rabenau, Karl Kappner, Dippoldiswalderstraße; Schönlanke, Albert Branne, Friedrichstr. 28; Stettin, Fritz Heldt, Philippstraße 17 e Stg.; Worms, Karl Osterling, Wblis, bei Valentin Barth, Gutenbergstr. 18; Zeitz, Otto Schneider, Klosterstr. 10.

Stockerarbeiter:

Angermünde, Gustav Holzmann, Berlinstr. 52; Berlin, Friedrich Hermel, Petersburgerstr. 15; Meissen, Max Schönwolk, Strichbergerstr. 61; Wald (Hbl.), August Bellert, Wiesenstr. 15.

Kranenmacher:

Arnstadt, Richard Hillmann, Krappgartenstr. 18; Berlin, Richard Bender, Abalbertstr. 74; Darmstadt, Jean Hübler,

Stiftstr. 62; Leipzig, Julius Schuhr, L.-Bindenan, Wetlinerstr. 96 III; Nürnberg, Johann Höhle, Schweinauerstraße 88; Offenbach, Friedr. Wör, Lessingstr. 26.

Knopfmacher:

Berlin, Albert Kehler, Mantuffelstr. 4; Breslau, Emil Suppe, Gabisstr. 8; Frankenhäuser (Ruffh.), Friedr. Göring, Lindenstr. 266; Götting, Moritz Kurth, Wilhelmstraße; Hannover, Joh. Gieschmann, Gr. Pfahlfstr. 10 IV; Kelbra (Ruffh.), August Höchel, Langestr. 45 e.

Korbmacher:

Berlin, Otto Richter, Gärtenstr. 74; Brandenburg, Franz Nölte, Potsdamer Chaussee 1; Braunschweig, Ernst Preuße, Schternstr. 59 I; Corbetta, Oswald Kaufmann, Groß-Corbetta, bei S. Wiegand; Dresden, Josef Ruseck, Grabstr. 31 IV; Gstebrügge, Peter Gussmann, Kranz-Neuenfelde (Hann.); Glückstadt, Christian Widdelind, Königstr. 22; Guben, Wilhelm Ulrich, Gernerborferstr. 23 d; Hamburg, Peter Freudenthal, Gr. Fischerstr. 28 I, Altona; Hannover, Edu. Seibel, Sackstr. 29; Leipzig, Max Böhm, Jägerstr. 3; Lübeck, J. Schwabe, Langeberg 64; Magdeburg, S. Müller, Agnesenstr. 57/58; München, Anton Meßl, Entenbachstr. 20/3; Neuzelle, Otto Kunze, Korbmacher; Plauen i. V., Ernst Schirmer, Ob. Graben 21; Schnebeck, Johann Weims, Breitenweg; Stettin, Karl Schneider, Heunarkt 5; Worms, Karl Walther, Gernsheim; Zeitz, Gustav Erbe, Voigtstr. 9.

Stellmacher:

Augsburg, Joh. Frisch, Straße 80 Nr. 12; Berlin, Artur Siebel, Reichenbergerstr. 148; Bielefeld, W. Mademann, Schmiedestr. 14; Brandenburg, Wilhelm Holz, Am Jakobsgarten 6; Braunschweig, Friedrich Heller, Hufarenstraße 13; Bremen, Wihl. Barreis, Lingenstr. 13; Breslau, Karl Mamiel, Lohestr. 31 Stg. I; Burg b. Magdeburg, S. Hagenstein, Turnstr. 6; Cassel, Heinrich Lohmann, Wolfhagerstr. 1; Chemnitz, Ed. Schlett, Zieherstraße 27 III; Delmenhorst, Max Mehner, Rosenstr. 11; Döbeln, Oskar Ehrlich, Klostergraben 14 II; Dortmund, Theodor Kolmeyer, Paulknensstr. 88; Dresden, Wilhelm Bedroske, Wüllnerstr. 40 II; Düsseldorf, Wihl. Suhr, Kramstraße 88 I; Ebersfeld-Warmen, Martin Conrad, Warmen, Hohensteinerstr. 60; Frankfurt a. M., Oskar Fuchs, Koblenzerstr. 41; Gaggau, S. Schabbet, Gasth. Zur Post; Gera, Oswin Degner, Jägerstr. 9 II; Görlitz, Wihl. Riemann, Lutherstr. 30; Halle, Rud. Dummler, Martinstr. 7; Hamburg, Erwin Lang, Humboldtstr. 140 III; Hannover, Heinz Blauth, Linden, Wuestr. 11; Hartha, Richard Barthel, Mollkestr. 22; Heilbronn, Hugo Jakob, Kappengasse 14; Hennigsdorf, Albert Raack, Nieder-Neuendorf; Kiel, Rich. Neumann, Lindenstr. 21 I; Köln, Wihl. Lehmann, Köhlchenfeld; Königsberg, W. Rauff, Lindenstr. 82/83; Leipzig, Paul Schöffag, Schentendorferstr. 26 p.; Lübeck, S. Holt, Wacknismauer 188; Magdeburg, S. Grande, Jakobstr. 14; Mainz, Thomas Starf, Grebenstr. 6; Mannheim, Konr. Gilers, Rheinhäuserstr. 71; München, Karl Witte, Herzogstr. 11/0; Nürnberg, Leonhard Bösl, Fabrikstraße 77 I; Potsdam, Gottfried Wölfl, Mittelstr. 86; Rathenow, Wihl. Walsche, Nauenerstr. 5; Spandau, Wilhelm Föhnel, Seegesfelderstr. 89; Stettin, Fritz Gontapp, Köbnerstr. 78; Stolp i. P., Franz Bagel, Al. Gartenstraße 19; Stuttgart, Joh. Jang, Untertürkheim, Cannstatterstr. 28; Wiesbaden, Geora Rohrer, Albrechtstr. 88.

Mobeltischler:

Aischerleben, Herm. Rinne, Hellingstr. 11; Augsburg, Hans Bacher, E 51; Berlin, Otto Gläß, Pringensallee 61; Bielefeld, Heinr. Köhler, Friedrichstr. 29; Braunschweig, Friedrich Möhle, Langestr. 68; Bremen, Emil Jung, Bonnerstr. 81; Breslau, Friedrich Jensch, Friedrich Wilhelmstr. 97 IV; Chemnitz, Friedr. Hartig, Salzstr. 81 p.; Dippoldiswalde, Ernst Gustav Claus, Schmiedeberg, Eisenwerferstr. 8e; Dortmund, Ernst Gobrecht, Kurfürstenstraße 88; Dresden, Hermann Engel, Herberstr. 80 I; Düsseldorf, Jak. Fischer, Wilsdorfstr. 168; Erfurt, Paul Klatt, Waldemarstr. 81; Frankenthal, Andreas Westermann, Sternengasse 4; Frankfurt a. M., Heinrich Dielmann, Wiesenstr. 17 IV; Frankfurt a. D., Fritz Bressler, Kurze Straße 8; Gera, Richard Schellenberg, Soffenstr. 8 II; Görlitz, Artur Wiestler, Nonnenstr. 12; Halle a. S., Karl Adwardt, Bismarckstr. 28 I; Hainburg, Wilhelm Strobl, Marthastr. 4 II; Hanau, Martin Förster, Rayseisenstr. 5; Hannover, Gotthelb Kapito, Rehböckstr. 41 I; Harburg, Emil Jung, Vorstelber, Göttingen, Peter Ures, Heidchen bei Göttingen; Kiel, Heinrich Jensen, Harnsstr. 44; Köln, Clemens Schimmels, Kall, Höferstr. 6; Landsberg a. W., Aug. Krüger, Rüstnerstr. 78; Leipzig, Louis Heidenreich, Schönefeld bei Leipzig, Dimpfelstr. 89; Magdeburg, Gust. Wietz, Martinstr. 8; Mannheim, Heinrich Wolf, Krappmühlstr. 9; Meissen, Herm. Claus, Hafenstr. 25; München, Jof. Brandl, Heimbauerstr. 12/2; Nürnberg, Fritz Hürlein, Felsackerstr. 15; Offenbach, Georg Eich, Löwenstr. 84; Plauen i. V., Wihl. Resch, Hoferstr. 78; Sangerhausen, Richard Kirten, Klosterplatz 21; Stettin, Gust. Büchling, Pfarrerstr. 4 III; Straßburg, Laurent Meyer, Schloßergasse 21; Stuttgart, S. Göß, Cannstatt, Charlottenstraße 62.

Maschinenarbeiter:

Augsburg, K. Drollmann, Schwibbogen A 398; Berlin, Fritz Hübler, Nixdorf, Elbstr. 34; Bremen, Fr. Nienewitz, Heindenstr. 4; Breslau, Herm. Sternitzke, Weinstr. 69; Darmstadt, Johannes Malterer, Schloßgartenstraße 51; Dresden, Hermann Wallrath, Feldhernstr. 35 IV; Duisburg, Hermann Albers, Gutenbergstr. 88; Ebersfeld-Warmen, Ed. Büchner, Ebersfeld, Rosenstr. 28; Frankenthal, Franz Brein, Wallonengasse 15; Frankfurt a. M., Heinrich Furch, Wöttgerstr. 29 II; Frankfurt a. D., Hugo Wethner, Oderstr. 51; Fürth, Johannes Memminger, Lessingstraße 25; Görlitz, Wfr. Paulich, Langestr. 48; Hamburg, S. Hecker, Bartelstr. 22/1 r; Jena, Moritz Grubenmann, Wen.-Jena, Querstr. 3; Karlsruhe, Karl Barth, Schützenstraße 77 Stg. I; Köln, Jof. Kurz, Jülicherstr. 11 II; Lauf, Johann Wals, Nürnbergergasse 503; Leipzig, Kurt Berger, Leipziger-Vollmarsdorf, Natalienstr. 6 II; Mannheim, Karl Wetterich, Dammstr. 17; München, Bernh. Keiter, Göttingerstr. 14 I; Nürnberg, Johann Guber, Denststr. 70 IV; Pirna, Otto Gärtner, Kottwenderstr. 7 e; Potsdam, Rudolf Liebenow, Vennestr. 21 a; Rabenau, Max Walther, Oberaundorferstr.; Rathenow, Gust. Witz, Wolkenstr. 18; Spandau, Wilhelm Löschner, Kumerstr. 21; Stettin, Wilhelm Thom, Braupfischerstr. 20; Stuttgart, M. Rittel, Schickstr. 6 p.; Wiesbaden, Karl Guthmann, Lothringerstraße 8; Wilsdruff, Hermann Hübler, Grumbacher Weg; Zeitz, Gust. Flemming, Stifftsberg 12.

Barzettischler:

Augsburg, Max Eich, Georgenstr. F 41; Berlin, Karl Thiele, Wilschstraße 24; Bremen, G. Willens,

Schornhorststr. 28; Breslau, Otto Ludwig, Michaelis-

dorferweg 41/1; Hannover, Fritz Buch, Linden, Gengst-

Senfelderstr. 28 II; Dresden, Artur Goltfert, Kl. Blauen-

Anschläger:

Berlin, Paul Tomaste, Oppelnerstr. 14; Dresden,

Stuhlauer: Celle, Fritz Finte, Neustadt; Dresden, August Schmidt,

Säger: Dresden, Sozialverwaltung; Freiburg i. B., Anton

Bantischer:

Berlin, Karl Reiche, Böttcherstr. 5; Fürth, Johann

Polsterer: Berlin, Albert Schreiber, Rixdorf, Maybachufer 7;

Korfschneider: Bielefeld, Max Wiegand, Bürgerweg 88; Breslau,

Klaviermacher:

Mittenburg, Karl Subach, Pädikerstr. 4; Berlin, Felix

Schiffstichter: Bremen, R. Ernemann, Hansstr. 180; Hamburg,

Cottbus, Heinrich Sullo, Forsterstr. 89; Fehrbellin

Verammlungs-Anzeiger.

Mittenburg. Die Mitglieberverammlungen finden

Bootsbauer

für sofort gesucht bei hohem Lohn und

8-10 Korbmacher a. Demijohn u. Korbf.

Gesuch! Ein tüchtiger Pinselmacher

Anzeigen.

Mittenburg. Bevollmächtigter Kaiser Groß, Al. Hoch-

2

durchaus tüchtige Stuhlpolsterer auf dau-

Zwei Korbmacher

auf grün Gefchlagen, runde Körbe, sucht

Zwei fleißige Rammhergesellen

Max Bruchmann, Rammfabrikant

Mittenburg. Arbeitsnachweis der Holzarbeiter

Frankenthaler Stuhllager Karl Knoch

Suche sofort 2 tüchtige Korbmacher

Tischler-Fachschule.

Der Tischler Friedrich Wilhelm Hartmann aus

Tüchtiger Drechsler findet dauernde Stel-

Einem jüngeren Korbmacher, welcher auf

Tischler-Fachschule Detmold

Der Abwesenheitspfleger:

Drechsler, 27 J. alt, verh., sucht gute dauernde

2 Korbmachergehilfen

Werkführer und Technikerkurs

Ein tüchtiger Modellschreiner

Einige tüchtige Verlmutterfräser finden

2 Korbmachergehilfen

Jagd-Luxuswaffen

2-3 tücht. Tischlergesellen für polierte

Dannoversche Knopffabrik

Tüchtige Korbmacher auf grün Matt-

Kaufmann

Tüchtigen Fräser

Stockarbeiter.

Min Korbmachergehilfe

Alle Sorten Jagd-Luxuswaffen

Packer gesucht!

Wieger, Maspler und Keller werden ge-

Gewandter Bohrer auf Bürstentöbler

Waffen-Fabrik

Bodenmacher

Reisende!

Jeder Schreiner verlange umsonst Probe-Nr.

Dr. Jaenicke & Co., Berlin W. 9, Potsdamerstr. 125

Wir suchen für unser Magazin zu sofort-

Reisende!

Südd. Möbel- u. Bauschreiner

Deutscher Gewerbe-Verlag G. m. b. H.

Bodenmacher

Reisende!

Verlag des Südd. Möbel- und Bauschreiner Stuttgart.

Druck von Paul Singer in Stuttgart.